

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 35
35. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
27. August 1927

Ercheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: H. Scheffler, Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Mühlentor 2
Telefon: Moritzplatz 147 19, 147 20

Der Preis der Zeitung beträgt für die ferngelegenen Abonnenten je nach dem Raum 1,50 Pfennig. / Für Arbeitervereinstellungen 75 Pfennig. / Für Verbandsanzeigen 50 Pfennig für die Zeile.

Die Ergebnisse von Paris.

Während das Plenum des Internationalen Gewerkschaftskongresses durch die von Moskau eingerührten Intrigen der Öffentlichkeit kein besonders erhebendes Bild bot, wurde in den Kommissionen unter einer ganz anderen Atmosphäre und im allgemeinen mit großer Einmütigkeit an den sachlichen Problemen, die dem Kongress gestellt waren, gearbeitet. Schade nur, daß die Ergebnisse dieser fleißigen Arbeit nach außen hin so sehr zurücktreten mußten hinter den Kleinlichen und persönlichen Zwistigkeiten, die den Kongress beherrschten.

Vor der Tagung schien es so, als ob die Frage des Organisationsystems für den IGB die Hauptrolle spielen sollte. Es handelt sich dabei bekanntlich um die Schwierigkeit, in der Gesamtorganisation sowohl die Bedürfnisse der gewerkschaftlichen Landeszentralen als auch der Internationalen Berufssekretariate gebührend zu berücksichtigen. Zunächst war der IGB ausschließlich auf die Landeszentralen (für Deutschland also der UGB) aufgebaut. Auf dem letzten Kongress in Wien war aber dem Drängen aus Kreisen der Berufsinternationalen nachgegeben und aus deren Reihe eine dreiköpfige Vertretung in den Ausschuß des IGB hineingenommen worden. Dem Pariser Kongress lagen nun Anträge vor, die Zahl dieser Vertreter zu erhöhen, und ein überraschender Antrag der österreichischen Landeszentrale verlangte die paritätische Zusammensetzung des IGB aus Landeszentralen und Berufsinternationalen.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob diesem Verlangen ernsthafte Bedenken nicht entgegenständen. Bei näherer Überlegung wird man aber finden, daß eine doppelte Organisationsstruktur eine Quelle dauernder Unstimmigkeiten in den entscheidenden Instanzen werden kann. Jede Vertretung in solchen Instanzen hat den Sinn, die Meinung und den Willen der dahinterstehenden Gewerkschaftsmitglieder zu repräsentieren. Es ist aber dieselbe Mitgliedschaft, die einmal in den Landeszentralen, zum anderen in den Berufsinternationalen zusammengefaßt ist, und es wäre eine merkwürdige Logik, wenn dieselben Mitglieder einerseits durch ihre Landeszentralen und andererseits durch ihre Berufsinternationalen zweierlei Meinungen zum Ausdruck bringen sollten.

Diese organisationstechnische Frage ist es aber nicht allein. Hinter der ganzen Angelegenheit steht nämlich die ernsthaft vertretene Auffassung, daß die national abgegrenzten Gewerkschaften eigentlich schon eine nicht mehr ganz zeitgemäße Einrichtung seien, daß die heutige lose Form der internationalen Berufssekretariate umgewandelt werden müsse in eine feste Form internationaler Berufsverbände, und daß insbesondere die Lohnkämpfe vornehmlich nicht mehr national, sondern international geführt werden müßten. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheinen dann natürlich die gewerkschaftlichen Landeszentralen gegenüber den Berufsinternationalen von einer nur noch untergeordneten Bedeutung für die internationale Gesamtbewegung. Das ist nun zwar eine recht phantastische Vorstellung, die zu den tatsächlichen Verhältnissen in einem lächerlichen Mißverhältnis steht, aber sie wird, wie gesagt, in gewissen Kreisen ganz ernsthaft verfolgt.

Der IGB-Kongress befand sich in der angenehmen Lage, in dieser Frage bereits eine Entscheidung vorzufinden. Die vorausgegangene Konferenz der Berufsinternationalen hatte schon, in richtiger Würdigung der Sachlage, den österreichischen Antrag abgelehnt. Sie stellte sich mit großer Mehrheit auf den Boden eines Antrags der deutschen Delegation, wonach in Zukunft die bisher alle drei Jahre zusammentretende Konferenz der Berufsinter-

nationalen alljährlich stattfinden soll, und zwar zusammen mit dem Ausschuß des IGB. Vor dieser kombinierten Körperschaft soll jeweils der Tätigkeitsbericht des IGB-Vorstandes besprochen werden und darauf in getrennter Tagung jede Korporation ihre eigenen Angelegenheiten erledigen. Mit diesem Vorschlag war den berechtigten Wünschen der Berufsinternationalen auf bessere Führungsnahme untereinander und mit dem IGB auf das vollkommenste Rechnung getragen, ohne daß es notwendig gewesen wäre, den Organisationsaufbau des IGB zu verändern und zu komplizieren. Im Gegenteil, nurmehr verzichteten die Berufsinternationalen auf die Vertretung, die sie bisher im Ausschuß des IGB hatten, womit dieser nun wieder ganz auf den Landeszentralen aufgebaut ist. Auch der Kongress stimmte nach dem Vorschlag der Organisationskommission dem deutschen Antrag ohne Widerspruch zu.

Eine andere Organisationsfrage ist das Verhältnis der Angestellten und Beamten zur Handarbeiterchaft. Hier ringen zwei Auffassungen miteinander. Die eine hält es, wie in Deutschland, für zweckmäßig, für die „Kopfarbeiter“ besondere Organisationen zu errichten, während die andere es für richtiger hält, sie mit den „Handarbeitern“ in einer Organisation zu vereinigen. Nach den Vorschlägen der dafür eingesetzten Kommission nahm der Kongress Richtlinien an, in denen es u. a. heißt:

„Bei der Organisation der Angestellten und Beamten muß auf ihre berufliche Eigenart, ihre Arbeitsbedingungen, soziale Stellung und ihre Mentalität Rücksicht genommen werden. Die Angestellten- und Beamtenorganisationen haben eigene Bedürfnisse und Forderungen, und es ist daher unmöglich, für die Wirksamkeit der Gewerkschaften aller Berufe die gleiche Schablone anzuwenden zu wollen. Die Angestellten und Beamten sollen nicht gegen ihren Willen in Handarbeiterorganisationen aufgenommen werden. Dort, wo sich eine gemeinsame Organisation von Hand- und Kopfarbeitern bereits entwickelt und bewährt hat, ist dieses Zusammenarbeiten zu fördern.“

Ein etwas schwierigeres Problem ist die Regelung der internationalen Hilfe bei Lohnkämpfen. Gefühlsmäßig besteht allgemein der Wunsch, die internationale Solidarität in solchen Fällen so weitherzig wie möglich anzuwenden. Andererseits kann sich aber niemand der Einsicht verschließen, daß in keinem Lande die gewerkschaftliche Finanzkraft stark genug ist, um auch nur alle eigenen Lohnkampfswünsche erfüllen zu können, geschweige denn darüber hinaus noch dauernd erhebliche Mittel für ausländische Kämpfe aufzubringen. Die deutschen Gewerkschaften können gewiß nicht in den Verdacht engherziger Zugeknöpftheit kommen, denn sie haben von jeher bei internationalen Aktionen dieser Art in der vordersten Reihe gestanden. Innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung gilt der Grundsatz, daß jeder einzelne Verband seine Lohnkämpfe selbst finanzieren muß, d. h. er muß grundsätzlich das Maß seiner Kämpfe nach den Mitteln begrenzen, die er selbst aufzubringen in der Lage ist. Nur in ganz besonderen Fällen kann die Bundeshilfe in Anspruch genommen werden. Ähnliche Grundsätze müssen auch für die internationale Gewerkschaftsbewegung gelten, und das wurde auch in den vom Kongress eingebrachten Leitsätzen zu dieser Frage anerkannt. Dadurch verfielen die Anträge auf Schaffung eines internationalen Streifonds der Ablehnung.

Zur Frage des Achtstundentages nahm der Kongress nach einem ausgezeichneten schriftlichen und mündlichen Referat von Leypart eine Entschließung an, in der selbstverständlich für alle Länder die Ratifizierung des Washingtoner Ab-

kommens gefordert, aber auch nicht vergessen wird, darauf hinzuweisen, daß in erster Linie die Arbeiter überall für starke gewerkschaftliche Organisationen sorgen müssen, wenn die Arbeitszeitfrage zu einer befriedigenden Lösung gebracht werden soll.

Das Referat und die angenommene Entschließung zur Abrüstungsfrage und zum Kampfe gegen Krieg und Militarismus sind ein feuriger Appell an die Welt, durch eine wirkliche Abrüstung in allen Ländern den Frieden sicherzustellen.

Ein wertvolles und mit gutem Material ausgerüstetes Referat über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter war von Mertens schriftlich erstattet worden. Der Kongress nahm dazu eine Entschließung an, in der für die praktische Gewerkschaftsarbeit folgende Gesichtspunkte hervorgehoben wurden:

1. Förderung des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges durch Bekämpfung der schützöllnerischen Handelspolitik, Unterstützung der Arbeiter des Bältenbundes und der Durchführung der Beschlüsse der Genfer Wirtschaftskonferenz, soweit sie auf dieses Ziel hinauslaufen.
2. Rationalisierung unter Mitwirkung der Arbeiter und Gewerkschaften, wenn Zug um Zug damit eine Steigerung des Reallohnes und dadurch eine Erweiterung des Marktes gesichert wird. Ablehnung der Rationalisierung, wenn dieser volkswirtschaftliche Erfolg nicht eintritt.
3. Nationale und internationale Kartelle müssen von den Gewerkschaften mehr als bisher beobachtet und kontrolliert werden. Schaffung von Kartellkontrollämtern, öffentlichen Kartellregistern und einer Kartellgerichtsbarkeit, wobei überall Gewerkschaftsvertreter paritätisch mitwirken müssen; dieses Mitwirkungsrecht auch in den Aufsichtsinstanzen und Geschäftsführungen der großen monopolartigen Unternehmen.
4. Der innere Markt und seine volkswirtschaftliche Bedeutung ist als Hauptproblem der Wirtschaft zu erkennen. Durch Steigerung der Kaufkraft der breiten Volks- und Verbrauchermassen, sei es im Wege der Preisentzerrung oder Lohnerhöhung — besser auf beiden Wegen — müssen die Voraussetzungen für den Verbrauch der im rationalisierten Arbeits- und Wirtschaftsprozess erzeugten Massen Güter durch die gewerkschaftlichen Arbeiter und Kämpfe geschaffen werden.

Die ausführlichen Referate und Entschließungen zu den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die hier nur andeutungsweise wiedergegeben werden konnten, werden zweifellos der Gewerkschaftsbewegung der verschiedenen Länder wichtige Fingerzeige geben und von dauerndem Werte sein. Die weitgehende Übereinstimmung und der sachliche Ernst bei der Erörterung dieser Fragen zeigen den wahren Charakter des IGB und den großen Fortschritt im internationalen Zusammenwirken der Gewerkschaften.

Gerade deswegen fielen die Unstimmigkeiten in der Zeitung doppelt unangenehm auf. Die unerquicklichen Vorgänge hatten aber wenigstens das Gute, daß nun ganz allgemein die Gefahr erkannt wurde, die daraus erwachsen kann, wenn solche Dinge zu leicht genommen werden. Der Kongress hat nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß er in Zukunft persönliche Extratouren nicht mehr dulden will. Wenn es anfangs so schien, als ob die Feinde des IGB einen großen Triumph feiern könnten, so erwies sich dann aber ihre Spekulation als ein großer Fehlschlag. Die Minen, die zur Entladung vorbereitet waren, um Verwirrung im IGB anzurichten, explodierten nach hinten; die giftigen Schwaden, die sie über den Kongress ausbreiteten, wurden vom Sturm der Entrüstung bald hinweggefegt.

Der Pariser Kongress hat die Atmosphäre der internationalen Gewerkschaftsbewegung gereinigt, und so wird er, wenn auch nicht als eine erfreuliche, so doch in seiner Auswirkung als eine der nützlichsten Tagungen des IGB bewertet werden dürfen.

Fritz Tarnow.

Zusammenschlüsse und Zölle als Geschäftsgrundlage.

Wir leben in einer Zeit industrieller Neuorganisation. Überall wird rationalisiert, organisiert und — gespart. Sparen ist das große Banner der Industrie, Unsparen, sparen, am Lohne sparen, Vertriebskosten sparen, am Material sparen und nicht zuletzt an Kapital sparen und Zinsen sparen — das ist das Leitmotiv aller privatwirtschaftlichen Maßnahmen und jeder geschäftlichen Neuorganisation. Der harmlose Zeitgenosse fängt langsam an, sich zu wundern, er fragt, wann denn endlich die Ersparnisse der rationalisierten Produktion in den Preisen zum Ausdruck kommen!

Darauf werden recht unterschlechtige Antworten gegeben. Herr Duisberg, der Chef der mächtigsten Zusammenfassung der deutschen chemischen Industrie, der „Interessengemeinschaft Farbenindustrie“, zugleich Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie, erklärte feierlich in der Generalversammlung seines Konzerns, die Früchte der Rationalisierung würden sich erst in fünf bis zehn Jahren zeigen. Das heißt eigentlich mit anderen Worten, daß mit Preisermäßigungen und Lohnerhöhungen bis dahin zu warten ist. Kurz nach Duisberg sprach Herr Dr. Reichert, deutscher Reichstagsabgeordneter und Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen — also auch ein recht gewichtiger Mann —, in einer Mitgliederversammlung seiner Organisation ebenfalls über die Resultate der Rationalisierung. Er meinte, mit den Früchten der Rationalisierung sei es so, daß sie durch Lohnerhöhungen überwiegend von den Arbeitern schon genossen worden seien!

Die Fachleute und Industrieführer scheinen wieder einmal sich vor ihren Reden nicht verständig zu haben, sonst würden sie wohl über die Ersparnisse aus der Rationalisierung wenigstens einheitlich — falls sie Auskünfte geben!

Wollten die Unternehmerführer offen die Wahrheit über das sagen, was sie von ihren eigenen und andern Betrieben und Konzernen wissen, dann müßten sie zugeben, daß es außerordentlich schwer ist, den einzelnen Betriebsleiter zu vernünftiger Sparsamkeit — betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sparsamkeit — zu bringen, zum andern, daß die dennoch erzielten Ersparnisse seit Jahren zur Kapitalbereicherung der Betriebe und auch zu steigenden Gewinnausschüttungen benutzt werden. Dazu kommt noch, daß die sich rasch stärfenden industriellen Unternehmungen ihre neu zuwachsende Macht zur Beherrschung des Marktes, das heißt zur Festhaltung der Preise ausnutzen und daneben sogar noch politisch-wirtschaftliche Geschäfte machen, wie ihre Zollpolitik beweist.

Als Beispiel für diese Art privatinteressierter Wirtschaft zeigt sich gerade jetzt wieder einmal die Uhrenindustrie.

Die Leser der „Holzarbeiter-Zeitung“ sind verschiedentlich über die Entwicklung der deutschen Uhrenindustrie unterrichtet worden.

Sachlich gesehen die Verhältnisse in der Uhrenindustrie nach der organisatorischen Zusammenfassung. Wir denken hier weniger an die Verbesserung der technischen Arbeitsmethoden, diese sind in der Uhrenindustrie außerordentlich entwickelt, als mehr daran, daß auf dem weiten Gebiete des Exports, der Materialeinkaufs- und Verkaufsorganisation, der Reklame, der Borratswirtschaft, der Experimente und des Arbeitsprogramms entscheidende Ersparnisse zu erzielen sind, die volkswirtschaftlich in einer Verbilligung der Uhrenpreise zum Ausdruck kommen könnten.

Im Herbst und Winter 1926 schienen die Fusionsbestrebungen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie endlich voranzugehen. Die Leiter der bekannten sechs größten Uhrenfabriken setzten sich verschiedentlich an den Verhandlungstisch. Aber man kam zu keiner Einigung. Die Großaktionäre der einzelnen Gesellschaften konnten sich miteinander nicht verständigen aus dem einfachen Grunde, weil sie als die in den Betrieben von jeher herrschenden Fabrikantenfamilien ja auch die Betriebsleitungen darstellten und ihre Selbstständigkeit in den eigenen kleinen Fabrikbetrieben nicht aufgeben wollten. Die Familien Junghans (Gebrüder Junghans-Amerikanische Uhrenfabrik A.-G., Schramberg), die Familie Riegle (Riegle A.-G., Schwenningen), und wie sie alle heißen, nebst angeheirateten Schwägern, einschließlich Tanten und Großvätern, konnten sich nicht einigen. Deswegen unterblieb damals eine organisatorische Verständigung. Dann kommt ja noch hinzu, daß eher Deutschland und Frankreich oder Preußen und Bayern zusammenkommen als Schramberg und Schwenningen!

Im Frühjahr 1927 scheiterten die Verhandlungen der Zusammenfassung der sechs Betriebe endgültig. Nur ein schwaches Resultat ist damals wertwürdigerweise doch noch erzielt worden, nämlich eine Preiskonvention! Gegen den Markt, gegen den Konsumenten wurde man einig, über eine verständige Renormierung der Uhrenproduktion, über volkswirtschaftliche Ersparnisse konnte man sich nicht verständigen. Warum auch? Wenn man sich über den Markt verständigt, die Konkurrenz ausschaltet, ist das andere Zeit.

Man hat den großen Uhrenbetrieben mitbeteiligten Arbeitern schon einen andern Weg eingeschlagen, um

Zum Entwurf eines Reichsschulgesetzes.

Von Dr. Siegfried Kawerau.

III.

Ganz unerträglich wird nach dem Entwurf des neuen Gesetzes die Stellung des Lehrers in der Schule. Denken wir an die etwa 85 Prozent der Schulen, die nicht „weltliche“ sein werden. § 13 versichert zwar für die Konfessionen, die Aufsicht führe der Staat. Wir hörten schon, daß in den Verwaltungskörpern der Gemeinden die Vertreter der Konfessionen Sitz und Stimme haben, daß Lehrer, Schulleiter, Schulaufsichtsbeamte mit Rücksicht auf die Art der Schule ausgewählt werden. „Zur Einnahme in den Religionsunterricht bestellt der Staat im Schulwesen erfahrene Beauftragte, die von der Religionsgesellschaft vorgeschlagen werden.“ In der Praxis bedeutet das, daß überall auf dem Lande der Herr Ortspfarrer „Einsicht“ nehmen kann, denn ein Pfarrer gilt als „im Schulwesen erfahrener“, da er ja Konfirmandenunterricht zu erteilen vermag. Derselbe Herr Pfarrer hat natürlich in der Gemeindeverwaltung mitzureden; der Lehrer ist weiter nichts als der Untergebene des Herrn Pfarrers. Und damit ja keine Lücke entstehen kann, ist noch für eine dritte Sicherung gesorgt: „Den obersten Stellen der Religionsgesellschaften ist Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft erteilt wird.“ Gewiß werden der Papst und die Kardinäle, werden die Mitglieder des Oberkirchenrats nicht persönlich in die Schulen kommen, sie werden sich durch Bischöfe und Superintendenten vertreten lassen: Es könnte vielleicht ein Pfarrer seine Kontrolle nicht scharf und wirkungsvoll genug durchführen. Damit haben wir in der Wirklichkeit eine vielfach verstärkte und gesicherte gestellte Schulaufsicht: Denn durch die Tür der Religionskunde ist der Weg in den gesamten Schulbetrieb offen, sind doch Lehrpläne, Lehr- und Lernbücher der Eigenart der Schule anzupassen. Vielleicht lebten dann die seligen Zeiten vom Anfang des Jahres 1848 wieder, wo auch die Privatbibliothek des Lehrers der Aufsicht der Schulbehörde unterstand. Wehe dir, du armer, immer wieder gedrückter deutscher Lehrerstand, wenn dies Gesetz Wirklichkeit wird! Auch den deutschnationalen Lehrern werden die Augen übergehen! Und auch die Herren Philologen sollten nicht abseits mit verschränkten Armen stehen: Auch in die „höhere“ Schule rieselt der feine Staub der Kirchenlawine! Man denke an die letzten Erlasse über Landheime und Konfirmandenunterricht, man denke an den Kampf um die Privatschulen, an die Entstehung katholischer Gymnasien, an die Schwierigkeiten um den Religionsunterricht: Schritt für Schritt wird vor der Machtgebärde der Kirchen zurückgewichen.

Auch das konfessionell noch nicht zerfallene Schulwesen in Baden, Hessen und Nassau, das durch Artikel 174 der Reichsverfassung besonders geschützt ist, wird in diesem Gesetz nach einer Frist von fünf Jahren zertrümmert: Aus einer Schutzbestimmung ist eine dürftige und vorübergehende Hemmungs- und Übergangsbestimmung geworden.

Die triumphierende Kirche! Herabgedrückt in die Sphäre des Minderwertigen ist die weltliche Schule. Hier darf kein religionskundlicher Unterricht, hier darf nicht einmal Moralunterricht oder Lebenskunde erteilt werden: Denn Voraussetzung für den Unterricht in einer „Weltanschauung“ (Sittlichkeit) ist offenbar für Herrn v. Kordell eine Weltanschauung) ist der Umstand, ob für die Pflege dieser Weltanschauung eine Vereinigung besteht, der die „Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts“ gemäß Artikel 137, Absatz 7 der Reichsverfassung gewährt sind, und wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens zwei Dritteln der die Schule besuchenden Kinder dies beantragen.“ Dieser schöne Satz ist ein festes Drahtgerüst, da kommt kein Lehrplan für Lebenskunde lebendig durch.

doch noch eine Verständigung zu erreichen. Sie haben eine Interessengemeinschaft zwischen der Gebrüder Junghans A.-G., der Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik A.-G. und den Vereinigten Uhrenfabriken Freiburg in Schlesien herbeigeführt.

Damit ist ein „Uhrenbündel“ geschaffen. Der Vertrag soll bis 1937 laufen. Man will „völlig selbständig“ bleiben, aber doch die Gewinne zusammenwerfen. Außerdem übernimmt die Gebrüder Junghans A.-G. gegen Ausgabe einiger Aktien die Aktien der beiden andern Unternehmen. Es handelt sich also praktisch um die Konzernbildung des mächtigsten Teiles der deutschen Uhrenfabriken. Er wird sich früher oder später mit den andern Uhrenfamilien auseinandersetzen.

Nun müssen ja die billigeren Uhrenpreise kommen. . .

Aber es besteht ja auch die Preiskonvention! Außerdem haben wir jetzt in Deutschland durch hohe Uhrenzölle die Aussperrung der Schweizer Konkurrenz, trotz des Deutsch-Schweizer Handelsvertrages.

Aus diesen Gründen ist zu fürchten, daß auch hier wieder die Arbeiter noch längere Zeit „auf die Früchte der Rationalisierung“ warten sollen, obwohl die deutsche Uhrenindustrie auf dem Weltmarkt außerordentlich gute Geschäfte macht. Im übrigen soll man auch die Vorteile des Zollschutzes für die Geschäfte der Uhrenfabriken in Deutschland nicht unterschätzen.

Was muß doch die Kirche für eine Angst haben, die Menschen bitten sich ohne sie behelfen lernen, es könnte auch eine kirchlich nicht patentierte Stillschließung Fuß fassen.

Das dumme Volk bekommt also die Kirchenschule einfach vorgefetzt; sie braucht nicht beantragt zu werden, wie die Reichsverfassung vorsieht, sie ist eines Tages einfach da. Und das dumme Volk darf auch die Kosten für dies übertragende Schulwesen tragen. Die Gemeinden sind die Leidtragenden. Lächerlich sind die Erfahrungen in Holland, auf die schon einmal hingewiesen wurde.

Zwischen 1910 und 1925 stieg die Gesamtschülerzahl in Holland um 5,7 Prozent; die Staatschule verlor 12,9 Prozent, die Sonderschulen gewannen 29,3 Prozent! Zwischen 1914 und 1922 sind die Kosten für einen holländischen Volksschüler von 80 auf 161 Gulden gestiegen, die Kosten, auf den Kopf des Einwohners gerechnet, von 8 auf 23 Gulden, ohne daß ein besserer Ertrag der Schulen spürbar wäre. Der Staat leidet nämlich ab für das im Gesetz von 1920 vorgesehene siebenjährige (II) Schulpflicht aufwendungen zu machen — so teuer werden die Zwergschulen dem Lande —, und im Mai 1928 haben die christlichen Parteien der holländischen Kammer abermals verhindert, daß Holland durch Einführung einer wenigstens siebenjährigen Schulpflicht sich dem Kulturniveau der übrigen Staaten annähert (nach Reinhold Lehmann).

Holland ist aber das leuchtende Vorbild unserer „christlichen“ Schulpflichter, es ist das Land der „freien“ Schule, des Elternrechts.

Hier ist Freiheit zur Anarchie, hier ist Elternrecht zum Vorwand kirchlicher Machtpolitik geworden.

Lodt dies Beispiel unsere Herren Parlamentarier? Werden die Gemeinden diese freundlichen Ausgabenlasten, die keine Verbesserung des Schulwesens bedeuten, dankbar hinnehmen?

O, was wäre darum zu geben, wenn wir die eine Volksschule des einigen Volkes hätten! Fünf Tage Unterricht — frei von jeglicher, aber auch jeglicher Kirchenberührung, und der sechste Tag aber dem privaten Religions- oder Moralunterricht vorbehalten blieben. Mit solcher Regelung könnten sich die Arbeiter zufrieden geben, die Reaktion fürchtet eine solche Regelung. Sie führt zwar bei allen möglichen und unmöglichen Anlässen die Worte „deutsch“ und „national“ im Munde, sie überläßt aber allzu gern die entsprechenden Latzen den „Landesverrätern“. Gäbe es eine nationalere Latz als die eine nationale Schule? In der wunderbaren Folgerichtigkeit ihres Denkens fühlen sich die Deutschnationalen offenbar einem evangelischen Regierartverwandter als einem konfessionslosen Deutschen —, daß die römische Internationalität alle vaterländischen und völkischen Bindungen stetig abstreift, das ist ja tausendfach erprobt. Denn hier handelt es sich um „Macht“, und da zerfließen alle nationalen Forderungen als Illusionen für Träumer —

Wieder ist das Schicksal unseres Volkstums in die Hände der Arbeitermassen gelegt, die man so gerne bei jeder Gelegenheit schilt, und die im Krieg und bei den Abstimmungen und bei dem Kampf um deutsche Einheit und um den deutschen Volksstaat von Jahr zu Jahr aufs neue beweisen, daß sie die wahren Sachwalter deutschen Landes und deutschen Volkstums sind; da erklingt von neuem Karl Brögers Bekenntnis:

Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gelannt, Bloß wir haben sie nie bei ihrem Namen genannt. Herrlich zeigte es aber deine größte Gefahr, Daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war. Dank es, o Deutschland!

Die entscheidenden Zollpositionen 920 und 930 des Zolltarifs (Uhren) sind heute gegenüber der Vorkriegszeit um das Fünf- bis Sechsfache erhöht.

Goldene Taschenuhren hatten einen allgemeinen Vorkriegszoll von 3 Mk. und einen Vertragszoll (Meistbegünstigung) von 80 Pf. für das Stück. Der jetzige autonome Zoll beträgt 10 Mk., der Vertragszoll 5,50 Mk. Bei den billigen Uhren aus unedlen Metallen betrug der Vertragszoll vor dem Kriege 40 Pf. für das Stück, er beträgt jetzt 2,50 Mk. Für die größeren Taschenuhren sind jetzt Sonderzölle eingeführt, die bis zu 11 Mk. gehen, für Uhrengehäuse beträgt der Zoll heute das Sechsfache von ehemals!

Wie die Tatsachen zeigen, sind es mitunter gar nicht unbedeutende Unternehmer, die sich der Rationalisierung, also dem betrieblichen „Sparen“, widersetzen. Und wenn sie sich doch verständigen, dann zuerst gegen den Markt, gegen den Konsumenten. Im übrigen haben sie im Zollschutz sogar noch eine Hilfe, die ihnen durch die Aussperrung der Konkurrenz die innere Preiskonvention sicherstellt. Es wird Geschäfts politik getrieben, aber keine Wirtschaftspolitik, oder umgekehrt, die Wirtschaftspolitik wird zur Sicherung der Geschäfts politik benutzt.

Es ist dringend notwendig, daß die Arbeiter sich die industriellen Zusammenschlüsse auch unter den Gesichtspunkten betrachten, die an den Vorgängen in der deutschen Uhrenindustrie hier erläutert wurden. Kurt Heinig.

Streiflichter.

Reichspräsident von Hindenburg soll sich eine allzu laute und prunkende Fete seines 80. Geburtstages verbeten haben. Stimmt das, dann sind seine Freunde und Berater eine recht disziplinlose Gesellschaft. Hindenburg ist ja nicht nur Reichspräsident, sondern auch Feldmarschall, und in dieser letzten Eigenschaft hat er rege Beziehungen zu allerhand Volk des so schmählich zusammengedrachten Monarchismus. Da sind die Kriegervereine, die „Viertels-Garde“. Ihr Wahlspruch ist heute wie vor unendlichen Zeiten: Für Kaiser und Reich! und ihren Reihen voran flattert die Fahne Schwarz-Weiß-Rot. Hindenburg ist ihr Ehrenvorsitzender, vielleicht führt er auch den vornehmer klingenden Namen Ehrenpräsident. Und diese Kriegervereine planen am 2. Oktober in Berlin eine große Fete. In ganz Deutschland heißt die Parole: Auf nach Berlin. Natürlich im Zeichen von Schwarz-Weiß-Rot. Zu Ehren Hindenburgs, des Reichspräsidenten der deutschen Republik! Vielleicht wird man sagen, Hindenburg hat sich nur allzu laute und prunkende Feten verbeten, was die Kriegervereine planen, ist keine Fete, sondern ein großer monarchistischer Nummern.

Die „Hindenburg-Spende“ soll Mittel aufbringen zur Unterstützung der besonders bedürftigen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Hindenburg ist hier an dritter Stelle der Geber. Aber auch er soll an seinem Geburtstage nicht ganz leer ausgehen. Der Junke von Oldenburg-Januschau hat als Ehrenvorsitzender eines Kriegervereins gemeinsam mit dem „Stahlhelm“ die „Soldaten der alten Armee“ aufgefordert, je 50 Pf. zu geben, damit dem Reichspräsidenten von Hindenburg „ein Stück deutscher Erde, nämlich der alte Hindenburgsche Familienbesitz, zum Geschenk gemacht werden kann“. Das Schloß wird zurzeit von Frau von Hindenburg, Schwägerin und Cousine des Reichspräsidenten, bewohnt. Oldenburg-Januschaus Ausruf hat den vollen Beifall aller Unternehmerverbände gefunden. Sie rufen ihre Mitglieder auf, „ein Scherlein beizutragen“, damit das Schloß der Frau von Hindenburg für den Reichspräsidenten von Hindenburg gekauft werden kann. Für diesen Zweck haben die Unternehmer auch bestimmt flüssiges Geld. Nur wenn höhere Löhne zu zahlen sind, stehen sie mit zugedrückten Taschen da.

Von Friedrich dem Großen wird erzählt, daß er in den Kriegen ständig ein Fläschchen Gift bei sich trug, um sich im Falle einer Niederlage zu vergiften. Als Wilhelm II. einmal gefragt wurde, warum er nicht wie sein großer Vorfahre gehandelt habe, antwortete er, er sei ein Christ, und der Selbstmord sei ein Verstoß gegen die christliche Lehre. Das kann man gelten lassen. Dann kam die zweite Frage an Wilhelm II., warum er nicht den Tod auf dem Schlachtfeld gesucht habe, darauf diese Antwort: „Das wäre nur ein anderer Weg gewesen, Selbstmord zu verüben.“ Man wird vermuten, dieses äußerst charakteristische Geständnis Wilhelms des Ausreißers sei erfunden. Aber nicht doch, es steht wortwörtlich in der amerikanischen „Saturday Evening Post“ vom 6. August 1927, geschrieben von der jetzigen Frau Wilhelms, der rührigen Hermine. In den deutschen monarchistischen Zeitungen herrscht über das offene Geständnis Wilhelms helle Verzweiflung. Wir freuen uns darüber, denn es zeigt den letzten Kaiser in seiner vollen Narrengröße.

Die Textilfirma Landmann u. Co. in Schreyersgrün (Bogtland) hat kürzlich am Schwarzen Brett folgende Bekanntmachung erlassen:

„Trotz unserer Warnung hat sich eine unserer Arbeiterinnen einen Bublikopf schneiden lassen. Wie in derartigen Fällen, so war wohl auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens, Sensation, also Aufsehen zu erregen. Das hat sich dann auch heute früh beim erstmaligen Erscheinen dieser Arbeiterin in unserer Fabrik gezeigt. Für den Fall, daß sich die durch diese Arbeiterin in unseren Betrieb hineingetragene Unruhe nicht schnellstens legen sollte, behalten wir uns vor, dieser Arbeiterin zu kündigen und die Kündigung auch gegen eine andere, ebenfalls Bublikopf tragende Arbeiterin auszusprechen, deren Einstellung seinerzeit erfolgt ist, ohne daß wir Kenntnis von dem Vorhandensein des Bublikopfes hatten.“

Wir warnen hierdurch Arbeiterinnen auf das eindringlichste. Wir werden von jetzt an jede Arbeiterin fristlos entlassen, die sich einen Bublikopf schneiden läßt.

Wir wollen durch diese Maßnahme unsere Arbeiterinnen vor einem meist unüberlegten Schritt bewahren, den sie später bitter bereuen würden.“

Der Ordnungs- und Sittlichkeitswächter, der hinter dieser Bekanntmachung steht, heißt Grünert, früher Gemeindevorstand in Klingenthal. Auch damals, vor mehr als 20 Jahren, sah Herr Grünert die Ordnung in Gefahr. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband versuchte unter den vielen tausenden Musikinstrumentenarbeitern Klingenthals und Umgegend Fuß zu fassen. Versammlungen wurden abgehalten, und Sonntags gingen unsere Werber von Haus zu Haus. Der Gemeindevorstand Grünert sah bei einem Erfolg unserer Agitation den Untergang der Musikinstrumentenindustrie voraus. Da galt es, die Unternehmer zu warnen. Und so setzte sich der Gemeindevorstand Grünert am 16. Juli 1905 hin und schrieb an die Unternehmer einen Brief, dessen dritter und vierter Satz lautete:

„Der Unterzeichnete will hierbei nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der hiesigen Musikwarenbranche insofern eine nicht zu unterschätzende Gefahr droht, als der Deutsche Holzarbeiter-Verband im hiesigen Bezirk Fuß gefaßt hat. Hier gilt es, bezuhen durch Zusammenschluß eine gute Gegenwehr zu schaffen, damit eintretendenfalls der nötige Gegendruck vorhanden ist.“

Herr Grünert hat das Erstarken unseres Verbandes im Klingenthaler Bezirk nicht verhindern können. Nachdem er die Erfolglosigkeit seines Kampfes gegen die organisierte Arbeiterschaft einsah, suchte er sich ein neues Betätigungsfeld. Jetzt gilt sein Kampf dem Bublikopf. Schmucke Mädels sind ihm anscheinend zuwider. Merkwürdig. Der echte Berliner würde sagen: Mensch, wie hast du dich verändert!

Das Lied vom täglichen Brot

- Das ist das Lied vom täglichen Brot,
Die es erschaffen, leiden Not,
Die Kleider wirken — gehen bloß,
Die Häuser bauen — wohnungselos.
- Das ist das Lied vom alten Geschlecht:
Dem Herrn das Land, die Fron dem Knecht,
Die Kohlen graben — ohne Herd,
Die Werte schaffen — ohne Wert.
- Das ist das Lied der höllischen Pein:
Dem Reichen Brot, dem Armen Stein,
Dem Armen Nacht und bitteres Ruß,
Dem Reichen Glanz und Überfluß.
- Das ist das Lied, wenn der Ausruf gellt,
Wenn alle Schmach an uns zerschellt,
Das ist das Lied, das nicht verzeiht,
Ihr Knechte, seid zur Tat bereit!

Bruno Schöniant

Musik ohne Musikinstrumente.

Musik ohne Musikinstrumente — das Märchen aus Taufendundeiner Nacht wird Wirklichkeit. Jakob Altmair (Frankfurt am Main) schreibt in der „Dresdener Volkszeitung“:

„In Märchen- und Zauberbüchern haben wir oft von Sphärenmusik gelesen, die nicht nur unsichtbar aus dem Raum kam, sondern auch viel schöner und feiner war als alle sonst gewohnten und gehörten Töne. Elektrizität und kühner Erfindergeist beginnen auch diesen Traum wirklich und greifbar zu machen. Wer in der Frankfurter Musikausstellung Zeuge solchen Erlebens sein konnte, war gebannt und überwältigt. Es geschah im Rahmen der gegenwärtigen Internationalen Arbeiter-Musikwoche.“

Sie begann mit einer bis zur Vollendung gesteigerten Massendarbietung von Haydns „Vier Jahreszeiten“ durch die Frankfurter Arbeitergesangsvereine, wird fortgesetzt in Arbeiterkulturtagen, in Gastkonzerten von Arbeitergesangsvereinen aus Frankreich, Belgien, Holland, Schweiz, Österreich, Tschechoslowakei und anderen. Rußland, das schon in der technischen Ausstellung brilliert, schickt zwei Erfinder und deren Erfindung: Musik ohne Musikinstrumente. Vor einem geladenen Kreis von Gästen zeigte Prof. Leo Theremin und sein Assistent, der Physiker S. Goldberg, ihr Meisterwerk, dem eine Umwälzung im gesamten musikalischen Leben der Welt folgen dürfte.

Was haben die beiden Angestellten des Staatlichen Physikalischen Technischen Instituts in Leningrad der Welt zu bringen?

Umgekehrt wie in der Technik, lag bis heute das Musikideal in der Altertümlichkeit der Instrumente; besonders wenn diese Instrumente die allerzartesten und leichten Ausprägungen musikalischen Schaffens wiedergeben sollen. Mechanisierung und Elektrifizierung von Musikinstrumenten galt bisher als seelenloser Automatismus, der die schöpferische Tätigkeit töte. Der russische Ingenieur zerstört nunmehr diese Ansicht. Er erhebt die Elektrizität zum Grundprinzip der Musikwiedergabe und erzeugt Töne in einer Reinheit und Zartheit, wie wir sie bisher noch nie gehört haben. Dadurch gibt er der Musikwelt die 1/2s, ja sogar 1/10-Töne und noch feinere, die unser Ohr gar nicht mehr aufnehmen kann.

Und diese Töne und die Musik erzeugt er ohne die bisher üblichen Musikinstrumente. Technisch ist der Vorgang etwa wie folgt:

In einem einfachen Handfaß wird mit Hilfe von elektrischen Batterien Wechselstrom erzeugt. In diesem Apparat ist eine Antenne in Form eines einfachen Metallstabes angebracht. Vermittels Radioröhren werden elektrische Ströme verschiedenster Frequenz erreicht, die der Scala der verschiedenen Töne entsprechen. Beim Einschalten des Apparats entstehen in der Nähe des Stabes elektromagnetische Wellen in bestimmter Länge und Frequenz. Nähert man dem Metallstab einen Elektrizitätsleiter, z. B.

eine menschliche Hand, so werden die elektromagnetischen Wellen hörbar, und gleichzeitig verändert sich das Wellenfeld. Drückt man z. B. beim Cello oder bei der Geige den Finger auf die Saite, so verändert sich beim Spielen der Ton. Ebenso ist es beim Wellensfeld. Die zarteste Bewegung eines kleinen Fingers ändert den Wellenton. Gleich der Regelung der Tonhöhe kann auch die Tonstärke durch eine Handbewegung im freien Raum, in der Nähe der Antenne, verändert werden. Zu diesem Zweck ist in dem Apparat eine zweite, ringförmige Antenne vorgesehen, in deren Umgebung ebenfalls elektromagnetische Wellen zu erzeugen sind. Nähert man die zweite Hand dieser Antenne, so verändert sich die Schwingungsperiode, die den Stärkegrad des Stromes und damit der Töne bedingt. Hebt man die Hand in der Nähe dieser zweiten Antenne, so wird der Ton stärker; senkt man die Hand, so schwächt sich der Ton bis zu völligem Verhallen. Vibriert man mit den Händen, so vibrieren auch die Töne. Also ist jeder Ton und jede Klangfarbe zu erzielen, die der Komponist vorgeschrieben hat. Eine kleine Umschaltung am Apparat, und die Töne kommen aus der entgegengesetzten Richtung des Raumes, wie aus weiter Ferne.

Bei der erstmaligen Vorführung haben die Erfinder an zwei Apparaten und an zwei Stäben gespielt. Erste und zweite Geige, erstes und zweites Cello. Begleitet wurden sie von einem, man muß schon sagen, richtigen Klavier. Es war ein Wunder und ein unvergeßliches Erlebnis, wie die Musik mit den Händen und Fingern aus der Luft geholt wurde; und das mit einer Feinheit und so rein, daß man an Kreisler erinnert wurde. Welche Töne mögen einmal von großen Künstlern hervorgezaubert werden, die gelernt haben, auf solche Art zu spielen, und welche neue Musikmöglichkeiten werden sich öffnen? Und all dies erzeugt auf dem einfachsten und bequemsten und billigsten Apparat, dessen Töne durch einen Schalltrichter verstärkt werden.

Wie übrigens schon so oft in Deutschland, so auch jetzt: wir haben einen Lehrer Jörg Mager, der sich seit Jahren mit dem gleichen Problem der Musik ohne Musikinstrumente beschäftigt, und der ebenfalls das Ergebnis seiner bisherigen Versuche auf der Frankfurter Ausstellung zeigt. Mager ist auf dem gleichen Weg wie Prof. Theremin, jedoch noch lange nicht soweit vorgedrungen. Wir haben zwar in Deutschland unendliches Geld für Kriegsschiffe, neue Uniformen und ähnliche Ritzelkugeln, unsere Erfinder hungern jedoch, und auch der arme Lehrer Mager hatte kein Geld, seinen Erfindungen zu leben. Jetzt endlich will man ihm helfen, weil ausländische Erfinder uns zuvorgekommen sind. Zu spät! Es ist das alte deutsche Dichter- und Erfinderschiedsal.

Jedenfalls öffnet sich in der Musik eine neue Zukunft, und wir sehen den Tag, an dem jedermann seine eigene Kapelle im Hause besitzt, ohne daß es ihn mehr kostete als den Anschaffungspreis eines Radioapparats. Es ist keine Phantasterei, wenn wir bald ein Orchester sehen werden, dessen Musiker vor zwei „Antennen“ stehen und mit den Händen die Musik formen, so wie sie dem Komponisten innerlich erklingen ist. Musik ohne Musikinstrumente!

Wenn Jakob Altmair die Erfindung der zwei Russen nicht überschätzt, dann steht nicht nur die Musik, sondern auch die Musikinstrumentenindustrie vor einer gewaltigen Umwälzung. Die Musikinstrumente sind dann nicht mehr nur ein „Luxus“, vielmehr die überflüssigste Sache von der Welt. Das bedeutete das Ende der Musikinstrumentenindustrie. Bis dahin wird es, auch wenn Altmair die Dinge nicht rosigler sieht, als sie sind, aber noch gute Weile haben. Aber die Tatsache, daß Musik ohne Musikinstrumente möglich ist, bedroht zweifellos die Existenz der heutigen Musikinstrumentenindustrie.

Innungstrantentassen und Arbeiterchaft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte vor einigen Monaten beantragt, daß bis zu einer gesetzlichen Neuregelung Innungstrantentassen nicht mehr errichtet werden dürfen. Der Bürgerblock hat diesen Antrag zwar niedergestimmt, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mußte in seiner Rede jedoch zugeben, daß es mit der Gründung kleinster leistungsfähiger Innungstrantentassen nicht mehr so weitergehen dürfe. Er stellte in Aussicht, daß bei der Gründung von Innungstrantentassen neben einer Mindestmitgliedszahl auch die Zustimmung der Gesellenausschüsse festgelegt werden müsse. Davon wollen die Innungsmeister natürlich nichts wissen. Das Hauptorgan des Hauptverbandes deutscher Innungstrantentassen, die „Deutsche Innungstrantentasse“, schreibt in ihrer Nummer vom 1. August:

„Die Innungstrantentassen sind Innungseinrichtungen, an deren Erhaltung und Entwicklung nicht nur die Gesellschaft, als ihre Vertretung der Gesellenausschüsse, sondern darüber hinaus die gesamte Innung, ihre selbständigen und unabhängig Glieder Interesse haben. Die Innungstrantentasse, die zu einem festen Bindeglied zwischen Meister- und Gesellenchaft wird, hat somit über den Rahmen der Verpflichtungen in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht hinaus hohe berufständische Aufgaben zu erfüllen, die eine Zusammenfassung aller zum Wiederaufbau des deutschen Volkes notwendigen Kräfte bezwecken. Von solcher Erkenntnis des innigen Zusammenhangs aller im Handwerk Tätigen aus ergibt sich deutlich, daß die Forderung auf Ausdehnung der Gesellenausrechte unbedingte abzulehnen ist. . . . Ihre Schicksalsgemeinschaft ist aber nur denkbar, wenn weitgehende Mit-

wirkung und Mitarbeit aller an der Gemeinschaft Beteiligten verbürgt ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Mitwirkungsrecht in der Innungstrankenkasse heute in hohem Maße gewährleistet ist. Die Einführung des Zustimmungswortes würde diese segensreiche Entwicklung nur hemmen und den harmonischen Zustand im handwerklichen Erwerbsleben stören, wie er sich seit Jahrhunderten bestens bewährt hat.

Die Innungsmeister sind tugige Menschen. Die Innungstrankenkassen sind eine „echte Schicksalsgemeinschaft zwischen Meisterschaft und Gesellschaft“ nur so lange, wie die Unternehmer keine Rücksicht auf die Wünsche und Forderungen der Arbeiter zu nehmen brauchen. Der Unternehmer ist der Herr und der Arbeiter der Knecht — das ist Sinn und Inhalt der gepriesenen „Schicksalsgemeinschaft“.

Wir erwarten, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sein Versprechen bald wahr macht. Die Arbeiter müssen das gesetzliche Recht haben, bei Gründung von Innungstrankenkassen entscheidend mitreden zu können.

Christentum, Kapitalismus und Sozialismus.

Der Generaldirektor des katholischen Volksbundes in der Tschechoslowakei, Pfarrer Reichenberger, hat in dem Zentralorgan der dortigen deutschen Christlichsozialen, der „Deutschen Presse“, unter anderm folgendes geschrieben:

„Ich halte es für Christenpflicht, immer und immer wieder zu betonen: Jeder Mensch hat ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein, auf einen ausreichenden Lohn, auf eine gesunde Wohnung, auf genügende Erholung. Und wenn es der Sozialismus ist, der diese Forderungen aufstellt, so handelt er eben in diesem Falle christlich. Wir müssen dann nach meinem Erachten die Grenzlinie zwischen Kapitalismus und Christentum so scharf als möglich ziehen. Das scheint mir noch viel wichtiger als die Betonung, daß sich Christentum und Sozialismus wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Der Kapitalismus ist nicht die von Gott gewollte Weltordnung. Er ist der größte Feind des Christentums. Er hat die Massen aus der Kirche herausgeführt. Wir müssen jeden Schein der Verbindung mit ihm meiden, ob er sich Bürgerbund oder Einheitsfront gegen den Sozialismus oder anders nennt. Unser Platz ist auf Seiten des arbeitenden Volkes, ist in der Front der Kämpfer gegen die Ausbeutung, gegen die Verflawung des Volkes. Es kommt eine neue Ordnung. Die soziale Reaktion ist eifrig am Werk, die sozialen Erzeugnisse der letzten Zeit wieder abzubauen. Man braucht nur gelegentlich die Auslassungen über die Sozialversicherung, Betriebsausschüsse, über die Belastung der Wirtschaft usw. zu lesen. Verbinden sich christliche Politiker mit der sozialen Reaktion, mit den Klassenkämpfern aus dem Lager des Kapitalismus, so zwingen sie die christlich denkende Arbeiterschaft, sich nach einer andern politischen Vertretung umzusehen, oder treiben sie in das Lager des Sozialismus.“

Wir haben auch in Deutschland einige Pfarrer, die so reden, die große Mehrheit aber fühlt sich als Verteidiger des Kapitalismus gegen die um ein menschenwürdiges Leben ringende Arbeiterschaft. Sie halten den Kapitalismus für die „gottgewollte Ordnung“, in Wirklichkeit ist er, wie Pfarrer Reichenberger mit Nachdruck betont, „der größte Feind des Christentums“.

Drei Millionen Heimarbeiter in Rußland.

In Rußland hat die Industrialisierung in den letzten Jahren zwar gute Fortschritte gemacht, die Zahl der Industriearbeiter beträgt aber nur etwa zwei Millionen. Aber die Zahl der Heimarbeiter war bisher nichts Genaueres bekannt; der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats schätzt sie jetzt auf drei Millionen. Schätzungsweise ist der Anteil der Heimarbeit an der Gesamtproduktion bei der Verarbeitung von Säulen und Leder 56 Prozent, in der Herstellung von Fußzeug 80 Prozent, in der Bekleidung 65 Prozent. In der Metallindustrie beteiligt sich der Heimarbeiter mit 46 Prozent. In der Herstellung der einfachen Gegenstände des Haushalts- und Wirtschaftsbetriebes der ländlichen Bevölkerung nimmt der Heimarbeiter eine fast monopolistische Stellung ein, so für Schlitzen, Pflugscharen, Bauernwagen, Räder, Säde usw. Auch viele Luxusartikel werden durch Heimindustrie hergestellt. Es gibt ganze Dörfer und Gegenden, die sich der Herstellung bestimmter Artikel widmen, wie z. B. Senfen, Schloffer, Messer, Kämme, Bürsten usw. Die Lage des Heimarbeiters ist weiter außerordentlich gedrückt, und sein Lebensstandard steht beträchtlich unter dem des Industriearbeiters. Seine Arbeitsmethoden und Werkzeuge sind durchaus primitiv geblieben.

Die Regierung ist bestrebt, die Heimarbeiter nach Möglichkeit gewerkschaftlich und genossenschaftlich zu organisieren. Gegenwärtig werden die Erzeugnisse der Heimarbeiter zum großen Teil — in der Metallindustrie zu 20,5 Prozent, in der Leder- und Schuhindustrie zu 38 Prozent, in der Holzverarbeitung zu 75 Prozent — durch den privaten Handel auf den Markt gebracht, weshalb die Heimindustrie wesentlich zur Erhaltung des privaten Handels beiträgt. Ein anderer Teil der Erzeugnisse der Heimarbeiter wird von dem Staat abgekauft. Durch ihre Eingliederung in die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation soll vornehmlich die Rundumversorgung des privaten Handels zu Gunsten der genossenschaftlichen Organisation erreicht werden.

Wie amerikanische Besucher über die deutsche Lohnpolitik aufgeklärt werden.

Auf dem Bureau des Vorstandes erschienen dieser Tage ein Amerikaner, der der Leitung eines großen Unternehmens in den Vereinigten Staaten nahesteht und sich außerdem, wie das Drüben häufiger anzutreffen ist, mit arbeitswissenschaftlichen Fragen beschäftigt. Dies hatte ihm Veranlassung gegeben, eine Reihe von deutschen Betrieben zu besuchen, um hier die Betriebsorganisation und die Arbeiterverhältnisse kennenzulernen. Von seinem amerikanischen Standpunkt aus waren ihm dabei nicht nur mancherlei rückständige Einrichtungen, sondern auch ebensolche Anschauungen aufgefallen. Zum Beispiel konnte er nicht verstehen, warum die deutschen Unternehmer so niedrige Löhne zahlen, und er versuchte dem Leiter eines Berliner Großbetriebes klarzumachen, daß ein hohes Lohnniveau doch erst die Voraussetzung für eine große Produktion und damit auch für ein gutes Geschäft schaffe.

Der geneigte Leser wird erwarten, daß nun der Deutsche dem Amerikaner einen aufklärenden Vortrag darüber gehalten hätte, daß solche, nach Meinung unserer Unternehmer „verrückten Ideen“ für die deutsche Wirtschaft ganz falsch wären und nur im Gegenteil in der Senkung der Löhne das wahre Heil für den Unternehmer liege. Aber weit gefehlt. Man soll nicht sagen, daß beim deutschen Unternehmertum die volkswirtschaftliche Bedeutung hoher Löhne gänzlich unbekannt ist. Jedenfalls war dieser Unternehmer keiner von den üblichen, denn er versicherte seinem Gast, daß dessen Meinung über die Lohnfrage mit seiner eigenen vollkommen übereinstimme. Zu seiner und der deutschen Unternehmer Verzeiwung könnten sie aber das amerikanische Beispiel der hohen Löhne nicht nachmachen, aus dem einzigen Grund, weil — die deutschen Gewerkschaften das unter keinen Umständen duldeten! Er dürfe es gar nicht wagen, seinen Arbeitern einen höheren Lohn anzubieten, denn der Druck und der Terror der Gewerkschaften wäre so stark, daß die Arbeiter das nicht nur ablehnen, sondern ihm wegen seiner Absichten vielleicht sogar Schwierigkeiten machen müßten.

Der Amerikaner konnte sich begreiflicherweise zunächst auf diese ihm bisher völlig unbekanntes Tatsache keinen rechten Vers machen, und er erkundigte sich, was denn um Himmelswillen den deutschen Gewerkschaften zu dieser, wie ihm

scheine, sinnlosen Haltung Veranlassung gäbe. Nun, antwortete der deutsche Betriebsleiter, die Beweggründe liegen doch auf der Hand. Nur die unzufriedenen Arbeiter sind organisiert und zahlen Gewerkschaftsbeiträge. Wer zufrieden ist, verzichtet auf die Gewerkschaften. Diese leben also davon, daß die Arbeiter dauernd in Unzufriedenheit bleiben, und darum ist nichts leichter zu verstehen, als daß die Gewerkschaften, im schärfsten Kampf gegen die Unternehmer, ihre ganze Macht und alle Kunst aufbieten, um die Löhne niedrigzuhalten.

Dem Amerikaner wirbelte es ein wenig im Kopf herum, aber je mehr er über diese neue Offenbarung nachdachte, um so wahrscheinlicher wurde es ihm, daß er hier vermutlich dem eigentlichen Geheimnis der deutschen Wirtschaftsnote auf die Spur gekommen sei. Als vorsichtiger Mann hielt er es aber doch nicht für ganz überflüssig, sich erst einmal bei den Gewerkschaften selbst diese Entdeckung bestätigen zu lassen. Das war der Anlaß, der ihn zu uns führte. Vielleicht trug er sich auch mit der leisen Hoffnung, durch glückliches Zureden unser verhärtetes Gemüt für den Nutzen hoher Löhne ein wenig erwärmen zu können.

Es hat einige Zeit gedauert, bis unser erschüttertes Zwerchfell wieder zur Ruhe kam, nachdem unser Besucher nach einer Darstellung seiner Information mit tiefem Ernst die Frage stellte, aus welchen Gründen wir den Unternehmern verbieten, höhere Löhne zu zahlen. Über unsere Antwort werden sich die Leser nicht im Zweifel sein.

Leider hat uns der Besucher seinen Gewährsmann nicht nennen wollen. Das ist sehr schade, denn wir hätten ihn gar zu gern von seiner quälenden Angst vor den Gewerkschaften befreit und ihm geholfen, seinen Herzenswunsch, den Arbeitern höhere Löhne zahlen zu dürfen, befriedigen zu können. So bleibt uns nur die Hoffnung, daß er vielleicht auf diesem Wege unsere wahre Meinung erfährt, und darum sei ihm hiermit in aller Form und feierlichst zugesichert: Wir verbürgen uns dafür, daß ihm von keiner Gewerkschaft auch nur ein Haar gekrümmt werden soll, wenn er den Arbeitern seines Betriebes eine Lohnerhöhung gibt, möge sie noch so hoch sein!

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Arbeiterinnenkonferenz.

An der Internationalen gewerkschaftlichen Frauenkonferenz am 29. und 30. Juli in Paris nahmen 46 Vertreterinnen teil, und zwar aus Deutschland und Frankreich je 10, aus Österreich 8, aus Bulgarien 4, aus Dänemark und Schweden je 3, aus Polen 2, aus England, Holland, Lettland, Spanien, der Tschechoslowakei und Ungarn je 1.

Die Konferenz beschäftigte sich mit Fragen des Arbeiterinnenschutzes, der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Frauenarbeit und der Heimarbeit. Die angenommenen Entschlüsse haben folgenden Wortlaut:

Arbeiterinnenschutz.

„Die Arbeiterinnenkonferenz und Delegierten der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörten Organisationen gibt ihrem festen Willen Ausdruck, sich mit aller Kraft für die Forderungen zum Schutze aller in Lohn und Gehalt stehenden weiblichen Berufstätigen einzusetzen:

- 1. Arbeiterinnenschutz: Diese Forderungen umfassen alle dem Schutze der Arbeit dienenden Maßnahmen: Achtstundentag, Gewerbeinspektion, Krankenversicherung, gewerkschaftliche Freiheit, Mindestlöhne.
- 2. Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterin als Frau: Diese Forderungen zielen auf: die Ratifizierung der Washingtoner Konvention, betreffend die Ruhezeit vor und nach der Schwangerschaft und die Nachtarbeit der Frauen, als Mindestforderung die Ausdehnung und Durchführung der Vorschläge der Arbeitskonferenzen von Genf und Washington, betreffend den Schutz der Arbeiterinnen in ungesunden Industrien und in der Landwirtschaft.“

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit.

„Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bedingt in allen Ländern eine ständige Zunahme der Frauenerwerbsarbeit. Alle Bestrebungen, die Frauen aus der Berufsarbeit auszuschalten, stehen im Widerspruch zu dieser Entwicklung.“

Die heute noch vielfach vorhandene Stimmung gegen die Frauenarbeit entspringt der Tatsache, daß durch die schlechte Entlohnung der Frau die Löhne der Arbeiterschaft gefährdet sind. Diese Stimmung kann nur durch die Verwirklichung aller gewerkschaftlichen Forderungen, insbesondere der Forderung „gleicher Lohn für gleiche Leistung“, beseitigt werden.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch die möglichst vollständige Erfassung der Frauen durch die gewerkschaftliche Organisation. Die Internationale Arbeiterinnenkonferenz appelliert an die arbeitenden Frauen aller Länder, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen und ihre Kräfte voll und ganz in den Dienst der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu stellen. Sie ist dabei sicher, daß die in den Gewerkschaften stehenden Männer diese für die Erfüllung gewerkschaftlicher Ziele unerlässliche Mitarbeit der Frauen nach Kräften unterstützen werden.“

Heimarbeit.

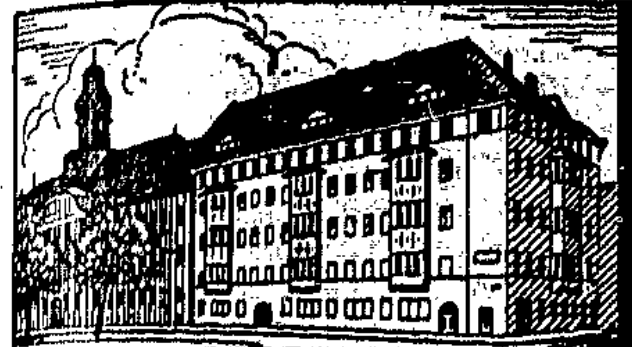
„Die Internationale Arbeiterinnenkonferenz ist sich bewußt, daß der Großteil der in der Heimarbeit Beschäftigten Frauen sind. Darum verlangt die Konferenz, daß in allen Ländern dafür gesorgt wird, daß die Arbeits- und Lohnbedingungen der in der Heimarbeit Beschäftigten denen der Betriebsarbeiterschaft derselben Berufe mindestens gleichgestellt werden. Ferner fordert die Konferenz, daß in allen Ländern für alle in der Heimarbeit beschäftigten Personen die Sozialgesetzgebung des Landes volle Auswirkung findet. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn in allen Ländern auf die gewerkschaftliche Erfassung der in der Heimarbeit Beschäftigten das größte Augenmerk gerichtet wird.“

Der Kongress fordert, daß die im Jahre 1928 stattfindende Internationale Arbeitskonferenz in Genf die Methoden der Festsetzung eines Lohnminimums für die Heimarbeiter fixiert.“

Vorbildliches aus der Kommunistischen Partei.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei in Halle an der Saale gibt in Nummer 184 des „Klassenkampf“, kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg“ bekannt, daß „das Mitglied der KPD, Hans Hestermann (Halle) wegen parteischädigender, fraktioneller Treibereien aus der KPD ausgeschlossen wird. Hestermann hat unterm 10. November nach einer gegen ihn wegen Fraktionsarbeit abgeschlossenen Untersuchung folgende Erklärung abgegeben und unterschrieben: Erklärung: Die von mir bis in die jüngste Zeit fortgesetzte Fraktionsarbeit steht im Widerspruch zu den Parteigrundsätzen und stellt eine ungeheure Gefahr für die Einheit der Partei dar. Indem ich dies offen anerkenne, verpflichte ich mich, in Zukunft jede fraktionelle Arbeit abzulehnen, bin ich gewillt, an der Liquidierung der bestehenden Fraktionen bis zur endgültigen Beseitigung mitzuarbeiten.“ Hestermann hat keine Disziplin gehalten, er hat trotz Versicherungen die Partei zu zersetzen versucht. Er hat sich zum Spalder der Parteifeinde und -palter gemacht.“

Die Kommunistische Partei duldet in ihren Reihen keine Fraktionsbildung, denn „die Fraktionsarbeit steht im Widerspruch zu den Parteigrundsätzen und stellt eine ungeheure Gefahr für die Einheit der Partei dar“. Das ist zweifellos richtig, und wir finden daher den Ausschluß der Teilnehmer an der Fraktionsarbeit ganz in der Ordnung. Die Kommunistische Partei ist sonst gewiß nicht vorbildlich, hier aber, im Kampf gegen die Fraktionsbildung, gegen die „Spalter“, zeigt sie trefflich, wie es gemacht werden muß. Da es bekanntlich auch in den Gewerkschaften Fraktionen gibt, die hier eine ebenso große Gefahr sind wie in der Kommunistischen Partei, sollen die Gewerkschaften im Kampfe gegen diese Gefahr nicht weniger radikal sein als die Kommunistische Partei.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes.

Von den Kollegen, die sich auf Grund unserer Bekanntmachung in Nr. 14 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 2. April d. J. zur Teilnahme an den Kursen an den Arbeiterbildungsanstalten beworben haben, sind in Übereinstimmung mit dem Bildungsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den in Betracht kommenden Schulleitungen gewählt worden:

1. Arbeiter-Akademie Frankfurt a. M.:
Barnabas Weiß, Mainz,
Richard Beberer, Schmöln i. Thür.,
Friedrich Godenbach, Höchst a. M.
2. Wirtschaftsschule in Berlin:
Otto Schröder, Eberswalde,
Heinz Porath, Meiningen,
Joh. Gärtner, Neugersdorf i. S.

Wir bitten die übrigen Bewerber, die diesmal nicht berücksichtigt werden konnten, auf diesem Wege von der getroffenen Auswahl Kenntnis zu nehmen, da eine persönliche Benachrichtigung der einzelnen nicht berücksichtigten Bewerber nicht erfolgen wird.

Scharfmacher in der Thüringer Sägewerksindustrie.

Die Thüringer Sägewerksindustrie ist seit dem 31. März 1925 ohne Tarifvertrag. Die Unternehmer haben die tariflose Zeit weidlich dazu ausgenutzt, die Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verschlechtern und die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst zu schikanieren. Nachdem die Geschäftslage besser geworden ist, rülpfen sich die Arbeiter wieder. Ihre Verusche, wieder zu tariflich geregelten Verhältnissen zu kommen, scheiterten bisher an der scharfmacherischen Haltung der Unternehmer. Diese erklären den Schlichtungsinstanzen, ein gemeinsamer Tarifvertrag für die Sägewerke sei nicht möglich, dabei könne die Thüringer Sägewerksindustrie nicht bestehen. Der Unternehmer müsse das Recht haben, jeden Arbeiter nach seiner Leistungsfähigkeit zu bezahlen.

Wir kennen diese „berechtigten“ Einwände und auch die Pflichten dieser „weisen“ Wirtschaftspolitik. Die Sägewerksunternehmer wollen die Organisation der Arbeiter, unseren Holzarbeiter-Verband, kaputt schlagen. Wozu braucht ihr den Holzarbeiter-Verband, wir gründen einen Werkverein, der sorgt viel besser für euch, sagen die Unternehmer den Arbeitern. Natürlich finden sie keine Gläubigen, aber da der Unternehmer der Stärkere ist, werden die Arbeiter einfach in den Werkverein gezwungen.

Uns liegen die „Satzungen“ der „Vereinigung der Arbeiterschaft der Firma Tobias Fromann in Coburg“ vor. Zweck der „Vereinigung“ sind der Abschluß und die Durchführung von Verträgen über die Arbeitsbedingungen“. Der mit der Gründung der Vereinigung zugleich abgeschlossene „Vertrag“ entspricht natürlich ganz den Wünschen des Unternehmers. Der Spitzenlohn beträgt 68 Pf. Über die Arbeitszeit bestimmt § 3, daß die regelmäßige Wochenarbeitszeit ausschließlich der Pausen 48 Stunden beträgt. Der Unternehmer kann nach Anhörung der Betriebsvertretung Mehrarbeit bis zu 60 Stunden anordnen. Für die Leistung weiterer Mehrarbeit ist die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich. Einen Zuschlag für die Mehrarbeit gibt es natürlich nicht. Weiter regelt der „Vertrag“ die „Arbeitsbereitschaft“. Gemäß § 2 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 gilt die Bedienung der Sägegatter, die Tätigkeit der Fuhrleute und der Befahrer als Arbeiten, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfange Arbeitsbereitschaft vorliegt. Arbeitsbereitschaft liegt auch vor „bei Be- und Entladen sowie beim Verschieben von Eisenbahnwagen, bei Arbeiten, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder fremder Betriebe bedingt ist, usw.“. Der Unternehmer hat hier einen „Vertrag“ geschaffen, wie ihn sich der schlimmste Scharfmacher nicht besser wünschen kann.

Die Sägewerksunternehmer kümmern sich den Teufel um die Arbeitszeitverordnung. Die „Vereinbarung“ über die Regelung der Arbeitszeit ist ungesetzlich. § 2 der Arbeitszeitverordnung bestimmt, daß für Arbeitnehmer, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfange Arbeitsbereitschaft vorliegt, durch Tarifvertrag eine von der 48-Stunden-Woche abweichende Regelung getroffen werden kann. Der „Vertrag“ zwischen der Firma Fromann und der Betriebsvereinigung ist aber kein Tarifvertrag im Sinne des Gesetzes. „Vereinigungen“ wie die von der Firma Fromann gegründete sind nicht tariffähig, also können sie auch keine Tarifverträge abschließen.

Den Sägewerksunternehmern ist das natürlich alles bekannt, sie verstoßen bewußt gegen das Gesetz. Sie hoffen, daß die Behörden beide Augen zudrücken. Darin scheinen sie sich auch nicht zu täuschen. Uns ist wenigstens nichts bekannt geworden, daß der Staatsanwalt gegen die Firma Fromann eingeschritten sei. Vielleicht geschieht es noch.

Da „Verträge“ dieser Art ungesetzlich sind, braucht sich kein Arbeiter an sie zu halten, auch wenn er sie unterschrieben hat. Die Arbeitszeit kann nur durch Tarifverträge geregelt werden, das sind Verträge, die zwischen unserem Verband und den Unternehmern abgeschlossen werden. Besteht kein solcher Tarifvertrag, dann gelten über die Arbeitszeit die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung.

Die Sägewerksunternehmer können aus dem Vorgehen der Unternehmer ersehen, wie notwendig eine starke Organisation ist. Darum: Fort mit den gelben Werkvereinen der Unternehmer und hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

Stahlhelmer als Streikbrecher.

Der „Stahlhelm“, Verband nationaler Frontsoldaten, wurde gegründet als Schuttruppe der politischen Reaktion. Seine „Leistungen“ auf diesem Gebiet sind hinlänglich bekannt. Mord und Totschlag sind seine wichtigsten Waffen. Die Scharfmacher sind trotz alledem mit dem „Stahlhelm“ nicht recht zufrieden. Das äußert sich vor allem in dem schwächer fließenden Geldstrom in die Kassen der Scharfmacher. Um die Unternehmer wieder freigebiger zu machen, verspricht ihnen der „Stahlhelm“ seine Hilfe bei Wirtschaftskämpfen. Der „Stahlhelm“ im Gau Nordwestdeutschland bettelt mittels eines Schreibens die Unternehmer um Geld. Der „Stahlhelm“ betreibt, heißt es in dem Schreiben, „in Zukunft nicht mehr nur die politische Erziehung seiner Mitglieder, sondern die allmähliche Schulung im Sinne einer vernünftigen Staats- und Wirtschaftspolitik“. An anderer Stelle wird von der Bedeutung des „Stahlhelms“ für die „wirtschaftsfriedliche Entwicklung“ gesprochen und im Zusammenhang damit von der „Notwendigkeit der Werksgemeinschaft“.

Der „Stahlhelm“ sagt hier ganz deutlich, was er vorhat. Nämlich die Bekämpfung der Arbeiter in den Betrieben. Mit anderen Worten: Der „Stahlhelm“ empfiehlt sich den Unternehmern als Streikbrechervermittlungsgstelle. Und das Geschäft zwischen dem „Stahlhelm“ und einer gewissen Sorte Unternehmer ist bereits im Schwünge. Dafür zwei Beweise.

In Verden an der Aller streiken unsere Kollegen bei der Firma Wilhelm Wöhler um die Anerkennung des Mantelvertrages für das Holzgewerbe und der Tariflöhne. Wenige Tage nach Streikbeginn erschien in den Zeitungen des „Stahlhelms“ folgendes Inserat:

Stahlhelmer! 30 Möbeltischler, Polierer und Maschinenarbeiter finden sofort dauernde Beschäftigung! Verdener Möbelfabrik Wilhelm Wöhler, Verden an der Aller.

Den Stahlhelmführern ist es auch gelungen, 11 Streikbrecher nach Verden zu beordern. Der zweite Fall: In den Stahlhelmszeitungen erschien vor einigen Tagen folgendes Inserat:

80 bis 100 Möbeltischler, Maschinenarbeiter (Stahlhelmer) für Speise-, Herren- und Schlafzimmer sofort in Dauerstellung nach Mitteldeutschland gesucht. Angebote unter Z. N. 185 an „Der Stahlhelm“, Anzeigenverwaltung, Magdeburg, Alter Markt 11, II.

Wenn hier der Name der Firma auch schamhaft verschwiegen wird, so ist es doch ganz klar, daß es sich um eine Anwerbung von Streikbrechern handelt. Der Firma ist auch tatsächlich eine Anzahl von Stahlhelmen zur Verfügung gestellt worden. Hoffentlich findet der ehemalige Herzog von Anhalt Freude an seinen „neuen Leuten“.

Der „Stahlhelm“ bekämpft die organisierte Arbeiterschaft nicht mehr allein politisch, sondern auch wirtschaftlich. Die Streikbrechervermittlung ist jetzt sein Hauptgewerbe. Es ist möglich, daß die Unternehmer aus Dank dafür die Stahlhelmkassen wieder füllen. Lange wird aber auch diese Freude nicht währen. Die Stahlhelmer mögen tüchtige Raufbolde sein, aber bestimmt keine guten Arbeiter.

Allgemeinverbindliches Lohnabkommen für die Birstenheimerarbeiter im Erzgebirge.

Der Fachauschuß für Hausarbeit in der Holz- und Schnitzstoffindustrie, Abteilung C., mit dem Sitz in Chemnitz, machte folgendes bekannt:

Nachdem sich der Arbeitgeberverband in der Birsten- und Pinselindustrie von Schönheide und Umgegend und der Deutsche Holzarbeiter-Verband, Gauleitung Leipzig, am 19. Juli und am 2. August 1927 über die Regelung der Heimarbeiterlöhne für die Ortschaften der Amtsgerichtsbezirke Auerbach i. B., Eibenstock, Kirchberg, Wildenfels und Stollberg i. E. geeinigt haben, wird diese Einigung nach § 31 des Hausarbeitsgesetzes im eben erwähnten Umkreise für allgemeinverbindlich genehmigt.

Danach sind ab 15. August 1927 in den obengenannten Amtsgerichtsbezirken alle Heimarbeiter in der Birsten- und Pinselindustrie nach folgenden Grundätzen zu entlohnen: Für das Einziehen von 1000 Bündeln werden gezahlt bei 1. Haushaltungsbristen: a) Schuh-, Wisch- und Auftragsbristen 70 Pf.; b) Besen- und Handfeger aus Hochhaaren 75 Pf., aus Kotos 75 Pf.; c) Schrubber, Faß-, Wasch-, Nagel-, Scheuer-, Kofett-, Kläfer-, Fenster-, Pfannen- und Laffenbristen aus Fiber oder Union 75 Pf., aus Reiszurzel oder Bassine 80 Pf., mit Bindfadeneinzig 85 Pf.; d) Butter-, Brotstreicher- und Bäderplatten 100 Pf.; e) Kardbristen und Mähnenbristen aus Fiber 75 Pf., aus Wurzel oder Bassine 90 Pf.; f) Wagen- und Bohnerbristen ohne Bart 85 Pf., Wagen- und Bohnerbristen mit Bart 100 Pf., Wagenbristen (Schako) von Fiber 100 Pf., Wagenbristen (Schako) von Borsten 115 Pf. 2. Besseren und Toilettebristen: a) Borstenkardbristen, Kleiderbristen, Tafelbristen, Baderbristen, Silberbristen, Futbristen, Radenpinsel, Möbelbristen und ähnliche Sorten Qualität I 70 Pf., II 75 Pf.; b) Haarbristen, Kopfbristen und Taschenbristen Qualität I 70 Pf., II 75 Pf., III 80 Pf.; c) Besondere Qualitäten werden nach Betriebslöhnen bezahlt. — Diese Regelung ist an den Stellen, an denen Heimarbeit ausgegeben oder abgenommen wird, in leicht sichtbarer Weise auszuhängen.

Vertändigung in der erzgebirgischen Birstenindustrie.

Zwischen dem Arbeitgeber-Schutzverband der Birsten- und Pinselproduktion von Schönheide und Umgegend und unserm Holzarbeiter-Verband haben Verhandlungen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse stattgefunden, die auch zu einer Vertändigung führten. Der Reichsmantelvertrag vom 12. Mai 1924 bleibt bis auf weiteres in Geltung. Für die Lohnbildung werden drei Ortsklassen gebildet. Zur Ortsklasse A gehören Chemnitz und Zwickau, zur Ortsklasse B Crimmitschau und Frankenberg und zur Ortsklasse C Schönheide und alle anderen Orte mit Birstenindustrie. Ab 9. Juli beträgt der Spitzenlohn in den Ortsklassen A 80 Pf., B 73 Pf. und C 67 Pf. für Arbeiter, 51, 47 und 43 Pf. für Arbeiterinnen. Die Altdorbasis beträgt für Arbeiter 92, 84 und 77 Pf., für Arbeiterinnen 59, 54 und 49 Pf. Für 1927 haben alle Arbeiter, welche am 1. Mai 1927 im Betrieb beschäftigt waren, innerhalb der Ferienperiode Anspruch auf Urlaub, und zwar alle Arbeiter unter 18 Jahren 3 Tage, von 18 bis 20 Jahren 4 Tage und über 20 Jahre 6 Tage.

Lohnabkommen für die Berliner Knopfindustrie

Die Berliner Knopfarbeiter arbeiten seit dem 4. März 1925 ohne Tarifvertrag. Die Unternehmer hatten den Tariflohn von 80 Pf. gekündigt, sie erstrebten einen Lohnabbau. Die schlechte Geschäftslage begünstigte ihr Vorgehen. Nachdem die Konjunktur besser geworden war, forderten die Kollegen ein neues Lohnabkommen. Die Unternehmer waren harthörig, so daß es in einem Betrieb zum Streit kam. Als die Streikbewegung sich auf die ganze Branche auszudehnen drohte, griff der Schlichtungsausschuß ein. Unter dessen Mitwirkung kam es nun zu einer Vertändigung. Der Spitzenlohn beträgt ab 10. August 98 Pf. und ab 20. Oktober 103 Pf.

Neues Lohnabkommen für die Fischtorbbranche in Bremerhaven-Wulsdorf.

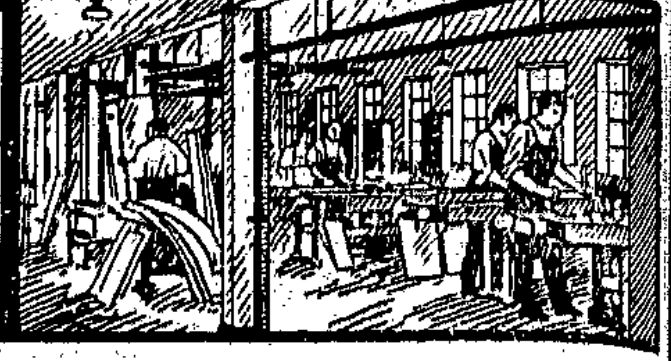
In der Fischtorbbranche in Bremerhaven-Wulsdorf war die Konjunktur seit dem Herbst 1925 die denkbar ungünstigste. Der Markt wurde mit Körben aus dem Binnenland zu Schundpreisen geradezu überschwemmt. Unter diesen Umständen hatten die Unternehmer wesentliche Lohnabzüge vorgenommen. Nunmehr hat sich der Geschäftsgang wieder gehoben, und die Kollegen haben eine Lohnerhöhung von 20 Prozent gefordert und auf dem Verhandlungswege auch restlos durchgesetzt. Der Lohn für den gangbarsten 100-Pfund-Fischkorb beträgt nach dem am 8. August in Kraft getretenen Lohnabkommen 53 Pf., für den Deckel 10 1/2 Pf., also zusammen 63 1/2 Pf. Soffentlich bemühen sich nun auch die Kollegen in den Konkurrenzorten, entsprechende Lohn erhöhungen zu erreichen.

Auerbach (Vogtland). Am 12. August starb unser Kollege Martin Klier. Wenige Minuten nach Arbeitsbeginn machte ein Herzschlag seinem arbeitsreichen Leben ein Ende. Klier, von Beruf Parkettleger, trat kaum ausgerechnet dem Verband bei, dem er 27 Jahre ununterbrochen angehörte. Und er war all die Zeit hindurch nicht nur Mitglied, sondern ein überzeugter Kämpfer für unsere große und gerechte Sache. Vor 14 Tagen noch war er einer der Führer in dem hiesigen Parkettlegereist. Er war uns ein Vorbild, und als dieses bleibt er in unserem Gedenten.

Mit Lesnumm fünfzig Nummer ist
Anr. 35. Wofanbauwerk föllig



Holzindustrie



Zwei Millionen Menschen gehören zur Holzindustrie.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ die ersten Gesamtergebnisse der Berufszählung vom 16. Juni 1925. Während die Betriebszählung nur die am Tage der Erhebung im Betrieb beschäftigten Personen erfasst, die Berufszählung auch die zurzeit beschäftigungslosen Personen, also auch die Kranken und die Arbeitslosen. Die Ergebnisse früherer Berufszählungen wiesen zum Beispiel alle Tischler ohne Gliederung nach der Betriebszugehörigkeit nach, die von 1925 zählt die Tischler im Rahmen der Betriebe. Auf diese Weise wird genau festgestellt, wieviel Tischler zum Beispiel in der Metallindustrie beschäftigt sind, auf der anderen Seite erfahren wir auch die Zahl der berufsfremden Arbeiter in den Betrieben der Holzindustrie. Die bei der Berufszählung für die Holzindustrie ermittelten Arbeiter sind also nicht ausschließlich Holzarbeiter, die Zahlen enthalten auch die in den Betrieben beschäftigten berufsfremden Arbeiter. Wie groß deren Zahl ist, weiß man noch nicht, wahrscheinlich ist sie nicht größer, sondern eher kleiner als die Zahl der in fremden Industrien beschäftigten Holzarbeiter.

Die Betriebs- und Berufszählung trennt die Holzindustrie in zwei Gruppen: 1. Holz- und Schnitzstoffgewerbe, 2. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie. Die Zusammenwerfung von Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie ist ganz unverständlich, denn zwischen beiden besteht nicht der geringste Zusammenhang nach irgendeiner Richtung. Die Betriebszählung macht wenigstens noch eine Trennung zwischen Holzspielwaren und den Blech- und sonstigen Spielwaren. Die Berufszählung kennt aber nur die Gruppe „Herstellung von Spielwaren“. Die für diese Gruppe gezählten Berufsangehörigen sind also nicht ausschließlich Holzarbeiter, sondern wahrscheinlich nur zum kleinsten Teil. Das ist bei Betrachtung der untenstehenden Zahlen für die Spielwarenindustrie zu beachten. Die Berufszählung gliedert die Berufszugehörigen in: Selbständige — Angestellte und Beamte — Arbeiter — Mithelfende Familienangehörige — Berufslose Angehörige der Erwerbstätigen. Über die Gesamtzahl der Berufszugehörigen nach ihrer sozialen Gliederung unterrichtet folgende Übersicht:

Erwerbstätige und ihre beruflosen Angehörigen in der Holzindustrie.

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige								Erwerbstätige insgesamt		Berufsangehörige (Erwerbstätige und Angehörige)	
	Selbständige		Angestellte und Beamte		Arbeiter		Mithelfende Familienangehörige					
	überhaupt	davon weiblich	überhaupt	davon weiblich	überhaupt	davon weiblich	überhaupt	davon weiblich	überhaupt	davon weiblich	überhaupt	davon weiblich
Holz- und Schnitzstoffgewerbe.												
Säge- und Furnierwerke	8 056	413	13 041	2 028	106 706	3 954	870	255	128 673	6 650	290 851	120 107
Herstellung von Holzbauten, Bauteilen und Möbeln	96 460	1 473	22 159	4 408	350 244	6 019	2 961	988	471 824	12 888	910 653	332 216
Herstellung von Holzwaren	15 951	545	7 163	1 710	57 712	9 526	1 100	687	81 926	12 448	160 283	69 369
Herstellung von Verpackungsmitteln	11 364	262	2 134	440	29 775	2 538	472	211	43 745	3 451	86 849	34 755
Stellmach. u. Holzwagenbau	29 271	477	4 706	776	68 265	1 784	1 329	276	103 571	3 313	196 110	69 562
Herstellung von Turn- und Sportgeräten	933	17	758	212	5 686	199	23	8	7 400	436	13 626	5 043
Herstell. v. Stöcken, Schirmen und Bettfäden	2 538	915	2 273	1 130	9 619	3 757	397	329	14 827	6 131	25 210	13 710
Herstellung von Blei- und Farbstiften	205	20	1 203	394	6 094	3 242	9	7	7 511	3 663	11 901	6 796
Herstellung von Rämmen und Haarschmuck	346	37	746	285	4 611	1 878	26	21	5 729	2 221	9 959	5 228
Herstellung von Bernstein-, Elfenbeinwaren usw.	1 641	421	1 605	546	11 978	4 895	111	81	15 335	5 943	25 086	12 984
Herstellung v. Korbwaren usw.	16 681	1 412	2 038	533	20 864	4 666	4 575	3 238	44 158	9 849	84 464	37 967
Vorberverarbeitung u. Herstellung von Bürsten	6 465	1 278	3 993	1 169	24 910	10 817	1 160	924	36 528	14 188	60 643	31 500
Korbindustrie	320	14	706	181	3 836	1 295	16	5	4 878	1 495	8 701	4 310
Zusammen	190 231	7 284	62 525	13 812	700 300	54 570	13 049	7 010	966 105	82 676	1 884 336	743 549
Prozentsatz von den Erwerbstätigen	19,7	8,8	6,5	16,7	72,5	66,0	1,3	8,5	100,0	100,0	—	—
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie.												
Klavier-, Harmonium- und Orgelbau	2 476	100	4 118	1 030	30 915	2 885	69	41	37 578	4 056	75 848	32 914
Herstellung v. Streich-, Zupf-, Blas- und sonstigen Musikinstrumenten	6 670	1 827	2 731	828	15 963	4 510	361	332	25 725	7 497	43 992	20 851
Herstellung von Spielwaren	9 750	3 377	4 319	1 528	28 438	15 832	4 129	3 438	46 636	24 175	73 472	42 620
Zusammen	18 896	5 304	11 168	3 386	75 316	23 227	4 559	3 811	109 939	35 728	193 312	96 385
Prozentsatz von den Erwerbstätigen	17,2	14,8	10,2	9,5	68,5	65,0	4,1	10,7	100,0	100,0	—	—
Holzindustrie insgesamt	209 127	12 588	73 693	17 198	775 616	77 797	17 608	10 821	1 076 044	118 404	2 077 648	839 934
Prozentsatz von den Erwerbstätigen	19,5	16,6	6,8	14,5	72,1	65,7	1,6	9,2	100,0	100,0	—	—

Die Holzindustrie ist mit 2 077 648 Berufszugehörigen die sechstärkste Industrie. Von 100 Einwohnern gehören 3,3 zur Holzindustrie. Vor ihr kommen: Metallindustrie mit 10,8, Baugewerbe mit 6,2, Bekleidungsindustrie mit 3,9, Bergbau mit 3,8 und Nahrungsmittelgewerbe mit 3,8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Holzindustrie ist also keine kleine und wirtschaftlich unbedeutende Industrie, für die sie in der Öffentlichkeit immer gehalten wird. Hauptsächlich findet sie nun bei den Regierungen, Parlamenten, Wirtschaftlern und Wissenschaftlern eine größere Beachtung als bisher. Das liegt im wohlverstandenen Interesse der ganzen deutschen Wirtschaft.

Von den 2 077 648 Berufszugehörigen sind 1 076 044 Erwerbstätige und 1 001 604 beruflose Angehörige (Frauen und Kinder ohne Beruf oder Erwerb). Etwa zwei Fünftel der Berufszugehörigen sind weiblichen Geschlechts. Von den Frauen und Mädchen ist nur ein kleiner Teil (14,1 Prozent) erwerbstätig. Die Frauennarbeit hat größere Bedeutung in der Spielwarenindustrie, Blei- und Farbstoffindustrie, Bürsten- und Pinselindustrie, Bernstein- und Elfenbeinwarenindustrie, Ramm- und Knopfindustrie, Korbindustrie, Stroh-, Schirm- und Bettfadenindustrie, Korbwarenindustrie und in der Streich- und Zupfinstrumentenindustrie. Die Zahl der mithelfenden weiblichen Familienangehörigen ist besonders groß in der Spielwaren- und Korbwarenindustrie; hier handelt es sich in der Hauptsache um Heimarbeiterinnen.

Von den Erwerbstätigen insgesamt sind 19,5 Prozent Selbständige, 6,8 Prozent Angestellte und Beamte, 72,1 Prozent Arbeiter und 1,6 Prozent mithelfende Familienangehörige. Rechnet man die mithelfenden Familienangehörigen zu den Arbeitern, dann steigt deren Anteil auf 73,7 Prozent. Bei den „Selbständigen“ wird noch unterschieden zwischen Eigentümern, Pächtern, Direktoren und sonstigen leitenden Beamten und Hausgewerbetreibenden. Zu welchem Ergebnis die Unterteilung führt, zeigt folgende Zusammenstellung:

Gliederung der Selbständigen.

	Selbständige überhaupt	Davon sind			
		Eigentümer	Pächter	Direktoren und sonstige leitende Beamte	Hausgewerbetreibende
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	190 231	17 584	1 399	3 761	9 227
Musik- und Spielwarenindustrie	18 896	6 612	18	534	11 732
Zusammen	209 127	18 245	1 417	4 295	20 959
In Prozent:					
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	100,0	92,4	0,7	2,0	4,9
Musik- und Spielwarenindustrie	100,0	35,0	0,1	2,8	62,1
Zusammen	100,0	87,2	0,7	2,1	10,9

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe spielen die Hausgewerbetreibenden keine große Rolle, in der Musik- und Spielwarenindustrie dagegen sind von 100 Selbständigen nicht weniger als 82,1 Hausgewerbetreibende.

Die Holzindustrie beschäftigte am 16. Juni 1925 insgesamt 697 819 Arbeiter und 77 797 Arbeiterinnen. Davon gehen die berufsfremden Arbeiter ab, auf der anderen Seite kommen die in fremden Industrien beschäftigten Holzarbeiter hinzu. Dadurch wird an der Gesamtzahl von 7 750 000 Holzarbeitern und Holzarbeiterinnen kaum viel geändert. Wenn davon auch einige tausend oder zehn tausend für die Organisation aus irgendeinem Grunde nicht in Betracht kommen sollten, so gibt diese Zahl uns doch ein ungefähres Bild von der Größe unseres Agitationsfeldes. Die Werbearbeit für den Verband hat noch einen großen Spielraum.

Reichsverband des deutschen Korbmachergewerbes.

Der Reichsverband des deutschen Korbmachergewerbes hielt seinen 6. Verbandstag Ende Juli in Vera ab. Über die Verhandlungen bringt die „Deutsche Korbmachergewerbezeitung“ einen ausführlichen Bericht. Die Zeitung dieses Verbandes hat 2215 Mitglieder der hiesigen Unternehmervereinigungen ist sehr zahlreich, und sie hat manchmal auch gesunde Ansichten. So rückständig ist die Mehrheit der Mitglieder. Das Korbmachergewerbe hat schwere Zeiten durchgemacht. Die Hauptursache der Notlage ist die umfangreiche Heimarbeit. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand daher auch die Frage: Wie ist die wirtschaftliche Notlage des Korbmachergewerbes zu beseitigen? Hauptredner hierzu war Herr Poppel (Dresden). Zunächst müßten die Schäden der Heimarbeit bekämpft werden, und zwar im Sinne der Arbeiter an dieser Stelle wiederholt besprochenen Vorschläge des Herrn Krüger (Coburg). Weiter wandte sich Herr Poppel gegen die Schwarzarbeit von vollbeschäftigten Arbeitern. Ferner forderte Herr Poppel eine starke Einschränkung der Vehringshaltung. Das Korbmachergewerbe habe überreichlich genug Arbeitskräfte. Nun zitieren wir von den Ausführungen des Herrn Poppel einige Sätze wörtlich:

„Als weitere Abhilfe unserer Notlage und besonders unserer so traurig in Erscheinung tretenden Preisunterschiede dürfte auch vielleicht ein Reichslohntarif zu empfehlen sein, der auch von Seiten unserer Arbeitnehmer gewünscht wird. In keinem anderen Beruf kennt man die Lohnunterschiede gerade so groß wie bei uns. . . . Dieser Reichslohntarif müßte selbstverständlich auch für die Heim- und Hausindustrie verbindlich gemacht werden.“

Über den Reichslohntarif ist auf dem Verbandstag auch in der vorher abgehaltenen Gesamtvorstandssitzung viel geredet worden. Der Verbandsvorsitzende, Herr Rödel (Berlin), begründete die Schaffung eines Reichslohntarifs mit den gleichen Gründen wie Herr Poppel. Er hat auch die Zustimmung, die mit unserem Holzarbeiter-Verband bereits ausgenommenen Verhandlungen weiterzuführen mit dem Ziel: Abschluß eines Reichslohntarifs. In der Aussprache gingen die Meinungen auseinander. Herr Krüger (Hamburg) mahnte zur Vorsicht bei etwaigen Tarifverhandlungen mit dem Holzarbeiter-Verband, da derselbe bei Streitigkeiten stets weiß, immer für die Gehilfen die Vorteile herauszuholen, aber der Arbeitgeber hat überhaupt nichts in den Händen, um seine Vorteile wahrzunehmen. Herr Poppel (Dresden) erklärte in der Gesamtvorstandssitzung, daß er der Schaffung eines Reichslohntarifs nicht unsympathisch gegenüberstehe, seine Unterzeichnung sei aber zu bewerten wie die „Unterzeichnung eines Todesurteils“. Ein paar Stunden später machte er dann die oben wiedergegebenen ziemlich vernünftigen Ausführungen. Einige Redner sprachen sich ganz entschieden für die Schaffung eines Reichslohntarifs aus, andere waren dafür, wenn dieser die Ferien- und die Vehringsfrage aus dem Spiel läßt. Darüber hinaus soll der Reichstarif einen Inhalt haben, wie er den Wünschen der Unternehmer entspricht. Schließlich einigte man sich auf die Einsetzung einer Kommission, die zunächst einen Entwurf für einen Reichstarif ausarbeiten soll. Der Verbandsvorsitzende, Herr Rödel, sagte am Schluß der Aussprache: „Wenn wir den Reichslohntarif jetzt noch nicht einführen können, so soll das keine Verschleppungstatistik sein. Ich bin selbst dafür, daß ein Reichslohntarif ausgearbeitet wird, aber einen im Sinne des Holzarbeiter-Verbandes können wir nicht annehmen.“

Die Korbmachermeister sind sich doch wohl auch darüber klar, daß die Korbmacher auf ihre Forderungen für den Abschluß eines Reichstarifvertrags bestehen bleiben und bestehen müssen. Würden sie sich den Vorschlägen der Unternehmer fügen, dann ähnelt der Tarifvertrag einem Meßer ohne Klinge. Wer die Gefundung des Korbmachergewerbes will, muß fest zupacken. Nicht die Unterzeichnung, sondern die Nichtunterzeichnung des von den Arbeitern geforderten Reichstarifvertrags hat die Bedeutung eines Todesurteils.



Unterhaltung und Wissen



So nahe.

Von Ernst Seifert.

Das war noch zur Zeit, als die Handwerksburschen etwas galt. Da machte sich der Geselle Heiner Bittner auf, in die Fremde zu gehen. Er wanderte von einem Dorf ins andere und von einer Stadt in die andere.

Im Winter hatte er Arbeit gehabt beim Meister Sebasian in Schlettau. Da kam das Freijahr ins Land. An Strauch und Baum blühte und leimte es, und am Dachstift draußen baute ein Schwalbenpaar sich ein Nest. Da liest es Heiner Bittner nimmer in der Werkstatt. Er legte Hobel und Hammer aus der Hand und zog wieder hinaus.

Bei Sommerbeginn lag er auf einer grünen Wiese, nahe dem Weg, der ins Lannendorf führt. Er ruhte eine Weile aus, denn er war weit gewandert. Irgendeine Sehnsucht ließ dem Jüngling keine Ruh, und diese Sehnsucht hatte ihn auch hieher getrieben ins Lannental. Er schaute zum Dorfweg hinunter. Da war ein einsamer Rosenstrauch, und ein rotes Astelein stand in schönster Blüte. Da huschte ein Mädchen vorüber, es pflückte die Rose und ging heim. Heiner sah dem Mädchen nach, lange, lange. Da legte sich plötzlich ein dunkler Schatten über das Tal, ein Schatten, so schwarz wie ein Leichentuch. Und Heiner konnte das Mädchen nicht mehr sehen. Darüber war er sehr traurig, und traurig ging er ins Dorf hinein. Aus einem Häuslein im Dorf hörte er Klopfen und Sägen. Da war eine Werkstatt drinnen. Heiner Bittner ging hinein und frug um Arbeit nach. Der Meister sagte:

„Ja, du kannst bei mir bleiben.“

Am anderen Morgen brachte ein schönes Mädchen dem Gesellen das Brot auf den Tisch. Es trug eine rote Rose auf der Brust, und es sagte:

„Die hab' ich gestern gepflückt vom einsamen Rosenstrauch am Dorfweg.“

„Und heut' verweilt sie schon“, sagte Heiner darauf.

Da verging ein Jahr und noch ein Jahr. Doch Heiner dachte nimmer ans Weiterziehen. Des Meisters Töchterlein hielt ihn gebunden.

Da war die Hochzeit gewesen, und noch nie war ein Mensch so glücklich wie der Geselle Heiner Bittner es war. Da schnitt er die Bretter zu einer Wiege zurecht; er schnitt sie selbst und leimte sie selbst und gärtete sie selbst. Eine Wiege sollte es werden, so schön, wie noch keine war, mit gedrehten Köpfen und geschweiften Wälzen, mit bunten Farben und vielerleizieraten. Seine Hände zitterten fast, daß er dem Holz nicht wehe tat, dem Holz zu der Wiege, in der sein Kindlein schlafen und lächeln wird. Heiner Bittner war so glücklich, wie noch keiner war.

Da war endlich der lang erwartete Tag herangelommen. Heiner Bittner trug selbst die Wiege in die Stube. Da aber kam mit der Freude die Trauer. Das Kindlein lebte, und die junge Mutter starb. Da war das große Glück so jäh zerrissen.

Heiner Bittner schnitt die Bretter zurecht zu einem Sarg, zu einem Sarg für seine ganze Liebe, für sein ganzes Glück. Da kamen die Leute und breiteten ein Leichentuch über die junge Frau, ein Leichentuch, so schwarz wie der Schatten, der sich über den Weg legte, als Heiner vom Lannendorf auf der Wiese lag und sie das erstemal gesehen.

So freut sich der Mensch auf ein Glück und kann den Tag kaum erwarten. Dann aber muß er auf einmal erleben, daß oftmals mit dem Glück das Unglück kommt. Und dann ist die Trauer so unendlich groß. . . Es ist halt einmal so im Leben: Es steht das Leid dem Glück so nah, und so nah dem Leben ist der Tod. Da hilft alle Trauer nichts: Es ist halt einmal so. . .

Tagesszeiten der Stadt.

Von Kurt Offenburg.

Lebendiger als jeder Organismus ist die Stadt. Subtil wie eine Frau, ist ihr Gesicht den Zeiten des Tages unterworfen.

Die Straßen sind die Linien in ihrem Antlitz: Voll strahlender Heiterkeit am frühen Morgen, noch ein wenig überschattet von der fatten Ruhe nahenden Schlafes; aufgeregter lärmend und pflichtgepannt am Mittag; am Abend lässig, ermüdet und eine kleine Falte in den Mundwinkeln; und in der Nacht übersteigert, Müdsein niederzwingend durch letzte Hochspannung der Kräfte, die in tobende Lustigkeit umschlägt.

Man verläßt das Haus. Ein staubiger Teppich, dehnt sich der Asphalt, überwölbt vom dämmernden Frühmorgen. Sperlinge hüpfen auf dem Fußsteig, eine Kage huscht in eine angelehnte Tür. Hart klingt der Schritt an den Häusern wider; seltsam beunruhigend sind diese ungewohnte Ruhe und Schlafigkeit. Man kommt durch Anlagen und wundert sich, daß die Baumblätter, wenn Wind durch die Zweige fährt, ebenso rascheln wie ihre Oefenwäpfer in den Wäldern. — Erreicht die Innenstadt und steht erstarrt,

daß über allen Schaufenstern schlingende Kolladen sind; Elferne über über lockender Augen. Träumend stehen einzelne Tagameter beisammen; schnarrend sitzen ihre Führer im Innern. Trambahnschienen blinken lautlos silbern; Leitungsdrahte, dünne schwarze Linien, begleiten sie ins Unendliche. Plötzlich fallen taillteste Schritte in die Stille: Aus dem grauen Licht kommt ein Trupp Arbeiter hervor, schlendernd Esgeschire in der Hand und die Pfeife zwischen den Lippen. In den Gesichtern nistet noch der letzte Atemzug ungenossenen Schlafs. — Aus einer Seitengasse segt eine Straßenreinigungsmaschine; die ersten Elektrischen — vereinsamte Motorwagen — brechen in den jungen Tag; vereinzelt Radfahrer nahen; Landfuhrwerks mit Obstkrben und geschichtetem Gemüse; Postautos und Straßen-

**Was sind die Wessien,
Die durch Irrtum zur Wahrheit reifen,
Die bei dem Irrtum verharren,
Das sind die Narren.**

bahnzüge; Angriffssignale eines neuen Arbeitstags. Fensterladen werden aufgestoßen; ein gelbes Gesicht, das im Rahmen hängt wie ein aufgobunener Mond, reißt zum Lachen.

Im Mittag wirbelt Staub. Man wußte kaum davon, sähe man nicht in einem Sonnenstrahl, der quer über den Platz fällt, Myriaden winziger Fluren. Doch da ist schon die Radfahrerschlange vorbei, man geht auf den anderen Fußsteig, nervös schulmet man mit im Strom eilender Menschen. Rempelt eine Gruppe Plaudernder an, die nichts Besseres zu tun haben, als sich in dieser Flutzzeit Rendezvous zu geben. — Überfrachtet fahren die Trams dicht hintereinander; Geschäftshäuser werfen die Angestellten aus wie ein Flußbagger Kieselsteine. Über den Köpfen der Passanten schwebt eine trübe Lärmwolke: das singende Geräusch der Straßenbahnen, das sich mit dem langgezogenen Sirenengeheul der Autos mischt; hastiges Pferdegetrappel, Wagenrollen, das von dem hellen Klingelton der Radfahrer überschritten wird; die vieraktmelodien ungeduldiger Motoren, die die grellen Stimmen marktshreierischer Obstverkäufer niederknattern. — Ein heißer Brodem lagert in den Straßen, ein seltsames Gemisch aus Arbeit, Staub, Parfüms, Restaurationsklüchen und Benzin. — Jede Bewegung ist hastender Vorwärtsdrang: Elle, Überstürzung, als hinge an einer einzigen Minute, die verflucht wird, ein Lebensschicksal. Pulsschlag der Großstadt im Semt des Tages.

Über der Abend atmet Entspannung. Wieder öffnen sich die Pforten der Geschäfte; aus weiträumigen Häusern strömen die Scharen der Angestellten auf die Straßen: viele matte, blasse Gesichter; doch die Mädchen mit leichterem Gang, befreit und glücklich. In geistigen Wienern ist die Zufriedenheit über einen abgedienten, pflichtgeättigten Tag. Bummelnd schlendern Mädchen Arm in Arm nach Hause; Jünglinge jonglieren nervosen mit ihren dünnen Spazierstöcken, und herausfordernd blasen sie Zigarettenrauch in die Feierabendstunde. In Nahungsmittelläden ist lechtes Drängen; man sieht viele kleine Pakete in Frauenhänden. — Ist es Täuschung: Fahren die Elektrischen nicht friedlicher, und sind die blecherneren Stimmen der Obst- und Schuhbandverkäufer nicht gedämpfter? Selbst der Bettler, der sein platiertes Gebrechen an Häuserwänden zur Schau stellt, träumt resigniert über das Ergebnis eines Tages. — Matter liegt das Licht an den Mauern; bald werden alle Konturen sich lösen.

Warme Nacht voll bezwingendem Zauber! Blauweiß sprüht Bogenlampenlicht über die Dunkelheiten der Straßen und Promenaden. Alle Schatten auf den Wegen, zwischen Telegraphenstangen und Bäumen sind rätselhafter als in der Orelle des Tages. Müßig klingt fern aus Kaffeehausgärten. Vielleicht trägt die Luft nur einen kitzigen Schläger, doch, wie er lockt und sich paart mit der lauten Wärme der Nacht, sind die Stieflosungen der Menschen besesselter und glühender. Schimmernder leuchten die Kleider der Mädchen und Frauen; jedernder sind die Schwingungen ihrer leichten Hüften. Worte sind wie Gezirp durstiger Vögel; Hoffnung und Erfüllung, letzte Wünsche und tiefstes Begehren tanzen unter dem gestirnten Himmel den ewigen Ringelreihen blutvollen Lebens. — Aber auf dem Fluß spiegeln sich die Lichter und die Reflege der Häuser; doch die blendendste Flamme durchdringt nicht die schwarze Masse der Wellen; dumpf und ruhig wälzt sich der Strom unter der unermesslichen Wölbung des nächtlichen Firmaments.

Irgendwo brodelte die Stadt; rast der künstlich verlängerte Tag, tost giftig illuminiert in Spelunken und Palästen der Freude; tanzt das gehegte Leben weiter — umschlungen von den ewigen Fäden des Schicksals . . .

Die unentbehrliche Träne.

„Hätte der Mensch die Tränen nicht, so müßte sein Körper verbrennen“, sagt ein morgenländisches Sprichwort. Die Erfahrung gibt der uralten Volkweisheit recht. Selbst im größten Schmerz sticht der Mensch Erleichterung, wenn die Tränen fließen; wie auf jede seelische Erregung eine Entspannung folgt, sobald uns die Tränen ins Auge kommen. Nun hat aber die Träne durchaus nicht nur den Zweck, seelische Erleichterung zu schaffen. Wichtig ist sie vielmehr in ganz anderer Hinsicht, nämlich als Schutzmittel, das das Auge vor allen möglichen schädlichen Einflüssen bewahrt. Dadurch, daß ständig Tränen abgefordert werden, bleiben das Auge und seine der Luft ausgesetzte Stelle fortwährend feucht, wird die Hornhaut stets gleichmäßig überspült, so daß sie sich weder trüben noch eintrocknen kann, und so bleiben die Bindehäute des Augapfels und der Lider weich und schlupfrig. Die Absonderung dieser Tränen ist aber so gering, daß man sie gar nicht als Tränen empfindet; zwanzig Minuten dauert es ungefähr, ehe auf diese Weise auch nur ein einziger Tropfen zustande kommt, und wollte man die Tränenmenge, die das Auge einen Tag hindurch feuchtet, sammeln, so ergäben sich nicht mehr als 3 Gramm Flüssigkeit. Daß sich diese Tränen immer gleichmäßig über den Augapfel verteilen, dafür sorgt das Schlagen der Lider. Sobald sich das Augenlid schließt, wird gleichzeitig damit durch neu zufließende Tränenflüssigkeit die Vorderfläche des Augapfels gleichsam abgewischt, d. h. befeuchtet, während die überschüssigen Tränen der Nase zugeführt werden. Durch das häufige Schlagen der Lider wird auch verhindert, daß die Tränenflüssigkeit an der Luft verdunstet und die Tränen etwa zu salzig werden. Daher hat jedes kaum gefühlte Zusammenschlagen der Augenlider seinen wichtigen Zweck.

Besonders notwendig braucht der Mensch seine Tränen, wenn ihm ein Fremdkörper ins Auge dringt, weil schon bei der leisesten Berührung des Auges durch den Eindringling die Tränen so reichlich zu fließen beginnen, daß er schnell wieder herausgespült wird. Auch auf starke reizende Gerüche stellt sich gewöhnlich mehr oder weniger starker Tränenfluß ein, gleichfalls zu dem Zweck, den Einfluß des die Augenschleimhäute unnatürlich reizenden Gerüches zu mildern. Wenn das Auge bei plötzlich auftretendem starken Licht trübt, so wird auch in diesem Fall durch die Tränen eine Milderung des schädlichen Lichtreizes auf das Auge erzielt. Gebildet werden die Tränen in den Drüsen, die im oberen und äußeren Teil der Augenhöhle liegend, die Tränen durch eine Anzahl von feinsten Gängen der Augenoberfläche zu leiten. Ihrer Zusammensetzung nach bestehen die Tränen aus 98 bis 99 Prozent Wasser, dem eine winzige Menge fester Bestandteile — hauptsächlich Salz — beige mischt ist. Frauen besitzen in der Regel größere Tränenröhren als die Männer, während kleine Kinder in den ersten Lebensmonaten überhaupt tränenlos schreien. Man nimmt daher an, daß die Tränenabsonderung als Begleiterfunktion des Weinsens wohl immer eine gewisse körperliche oder seelische Entwicklung des Menschen voraussetzt. Zur Durchfeuchtung des Auges sind aber selbstverständlich auch beim kleinsten Kind die Tränenröhren in ständiger Tätigkeit. Die Tränen haben also die verschiedensten Aufgaben zu erfüllen, darunter so wichtige, daß ein Mensch, hätte er keine Tränen, vermutlich überhaupt nicht leben, zumindest aber nicht sehen könnte. ml.

Wenn der Waldbrand wütet . . .

Eine packende Schilderung von den grauig-großartigen Eindrücken, die die jüngsten Waldbrände an der Riviera dem Beobachter vermitteln, gibt Henry Bidou in „Journal des Débats“. „Der Himmel war rein und ganz durchsichtig“, schreibt er. „Der Mistral wehte mit kurzen Unterbrechungen und schien in dem Rauschen des Waldes seine Antwort zu finden. Es war vier Uhr, da sahen wir hinter dem Golf von Saint-Tropez über den Hügeln ein kleines Wölkchen aufsteigen, das allmählich answol und sich verdunkelte. Wir erkannten das düstere Anzeichen des Brandes. Gegen sechs Uhr waren wir der dunklen Wolke immer näher gekommen, die sich nun als eine schwere, dicke, schwarze Säule darstellte, die Hügel verdunkelnd. Und über diese Hügel raste nun das Feuer heran. Man sah auf den Bäumen ein gelbliches Licht, das immer heller wurde. Jetzt ist ein Baum inmitten des Rauches plötzlich von diesem Licht grell umhüllt. Die Flamme umleckt ihn wie eine aufstadernde Lampe und erlischt nach wenigen Sekunden. Als der Abend niederfällt, rufen die glutroten Wolken, die ausbrechenden Flammen, die schwelenden Rauchmassen den Eindruck eines Vulkanausbruchs hervor. Gegenfeuer, angezündet, um Saint-Tropez zu schützen, leuchten auf. . . Am nächsten Morgen scheint alles erledigt. Aber die weiten Flecke von schmutzigem Gelb, bedeckt mit trockenem Laub, rufen das Bild einer Unterweltlandschaft hervor und zeigen die schreckliche Trockenheit an, die eine neue Gefahr bietet. Seit dem Monat April hat es hier nicht geregnet. Einige Leute, die Hade im Girtel, entzündeten am Wegrand ein Gegenfeuer. Ein Streichholz stammt auf, und in einer Sekunde ist das Buschwerk eine einzige lodende Fadel. Dahinter liegt die Ebene unendlich weit, unbewohnt, starr, schweigend. . .“

